



**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

C 3401

Denkschrift.

[*beziehend auf den Verein in dem Zollverein.*
Nachst.]

(Als Manuscript gedruckt.)



In der Note, welche im Dezember vorigen Jahres Preussischer Seits den Zoll-Vereinsstaaten über die Erneuerung der Zoll- und Handelsvereins-Verträge übergeben wurde, ist der bedeutenden Verluste gedacht, welche die Preussischen Staatskassen durch den Zollverein an den Abgaben vom Wein, und zwar einerseits durch die den bestehenden Konsumtions-Verhältnissen nicht entsprechende unbedingte Theilung der Eingangsabgabe vom fremden Wein, andererseits durch die verhältnißmäßig zu geringe Besteuerung der nach Preußen übergehenden vereinsländischen Weine erleiden, und es ist die Erklärung hinzugefügt:

daß Preußen, um diese Nachteile für die Zukunft abzuwenden, eine Vereinbarung wünsche, welche ihm und allen andern Vereinsstaaten nicht allein den ausschließlichen Bezug der in der Eingangsabgabe enthaltenen Konsumtionssteuer von dem im Inlande zur Verzehrung kommenden fremden Wein sichere, sondern auch freie Hand gewähre, den vereinsländischen und inländischen Wein mit einer zu den übrigen Getränkesteuern und zu der Steuer vom fremden Wein in angemessenem Verhältnisse stehenden Abgabe für eigene Rechnung in ähnlicher Art zu belegen, wie solches in dem größten Theile der süddeutschen Vereinsstaaten wirklich geschieht.

Die nähere Darlegung des Umfangs der gedachten finanziellen Verluste, die Rechtfertigung der Behauptung, daß dieselben in den angedeuteten Verhältnissen ihre Quelle haben und die Gewährung der Ueberzeugung, daß sich diese, vorzüglich Preußen, mehr oder weniger aber alle nördlichen Zoll-Vereinsstaaten treffenden Verluste, durch die Zustimmung zu dem Preussischer Seits gemachten Antrage im Geiste der Gerechtigkeit und ohne die Grundlagen des Zollvereins zu verletzen, beseitigen lassen, ist der Zweck des nachstehenden Aufsatzes. Die Wichtigkeit des Gegenstandes, die Mannigfaltigkeit der zu berücksichtigenden Verhältnisse und die Nothwendigkeit des Zurückgehens auf die Zustände vor dem Eintritte der Zollvereine, werden der Ausführlichkeit desselben zur Entschuldigung gereichen.

Durch die Getränkesteuern, namentlich durch die Abgaben vom Branntwein, Bier und Wein ist in Preußen von jeher ein sehr bedeutender Theil der Geldbedürfnisse des Staats beschafft worden.

Während die Steuern von der Bereitung des Branntweins und Biers vorzüglich die mittlern und untern Klassen des Volkes trafen, wurde durch die Abgabe vom Wein der wohlhabende Theil der Bevölkerung zu einem angemessenen Beitrage herangezogen, und in dieser Weise auch bei der Besteuerung der Getränke den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprochen.

Bis zu dem Jahre 1815. fand nämlich in den Grenzen des Preussischen Staates nirgendwo Weinbau von einiger Bedeutung Statt; fast der ganze Konsumtionsbedarf wurde vom Auslande bezogen, und deshalb, und weil der Wein schon seiner, durch den weiten Transport vermehrten Kostbarkeit wegen, nur von den Bemittelten genossen werden konnte, war es thünlich, denselben mit einer hohen Konsumtions-Abgabe zu belegen, welche vom Wein in Fässern nach drei Klassen resp. mit 6 Rthlr., 7 Rthlr. 6 Sgr. und 8 Rthlr. 12 Sgr. für den Zentner, vom Wein in Flaschen mit $7\frac{1}{2}$ Sgr. pro Quart, also mit 9 Rthlr. vom Zentner erhoben wurde, und im Jahre 1816. in denjenigen östlichen Provinzen, in welchen damals die Acciseverfassung bestand, also lediglich in den Provinzen Schlesien, Brandenburg, Pommern und Preußen eine Einnahme von 623,791 Rthlr. gewährte. Der Wein, welcher im Inlande bei Brandenburg, Potsdam, Crossen und in Niederschlesien gewonnen wurde, blieb unbesteuert und zahlte nur bei dem Eingange in accisepflichtige Städte die geringe Abgabe von 5 gGr. 8 Pf. bis 8 gGr. für den Eimer, deren Ertrag sich nur auf einige Hundert Thaler belief.

Als in den Jahren 18¹⁸/₂₀. das Preussische Abgabensystem neu gebildet wurde, hatte der Preussische Staat einen ganz anderen Umfang gewonnen. Nicht allein waren dem östlichen Theile der Monarchie Ländertheile an der Saale hinzugetreten, in welcher einiger Weinbau getrieben wird, sondern es war im Süden der Rheinprovinz, am Rhein, an der Mosel, Saar, Nahe und Uhr ein wirkliches Weinland erworben. Zu jener Zeit wurde die mit Wein bepflanzte Fläche

in den östlichen Provinzen auf 12,129 Morgen mit einem Ertrage von	40,000—100,000
in den westlichen	= 44,458 = = = 600,000—800,000

überhaupt auf . . . 56,587 Morgen mit einem Ertrage von 640,000—900,000 Eimer berechnet. Eine so bedeutende inländische Weinproduktion konnte nunmehr so wenig bei der Getränkesteuer im Verhältnisse zu den Abgaben vom Branntwein und Bier, als bei der Abmessung der Zollsätze vom fremden Wein außer Betrachtung gelassen werden. Die erzeugten großen Quantitäten geringer Weine traten in den Verzehrungskreis des Branntweins und Biers und mußten daher, dieser Konkurrenz wegen und zur Erhaltung des Gleichgewichts, einer Steuer unterworfen werden; die besseren Weine aber, welche am Rheine und dessen Nebenflüssen gezogen werden, durften noch viel weniger unbesteuert bleiben, wenn die Einnahme, auf die man vom fremden Weine Rechnung machte, erlangt, und der Kultur und dem Verbrauche der einheimischen besseren Weine nicht eine übermäßige Begünstigung zu Theil werden sollte.

Zu Berücksichtigung dieser Verhältnisse wurde daher die Einführung einer inneren Weinsteuer beschlossen, und in dem Zolltarife die Eingangsabgabe vom fremden Weine abgemessen.

Die innere Weinsteuer stellte das Gesetz vom 8ten Februar 1819. nach einer Eintheilung der Weinberge in vier Klassen: in der ersten Klasse auf 1 Rthlr., in der zweiten auf 20 Sgr., in der dritten auf $12\frac{1}{2}$ Sgr., in der vierten auf $7\frac{1}{2}$ Sgr. für den Eimer Most.

Diese Besteuerungsweise veränderte aber bald darauf das Gesetz vom 25ten September 1820. in der Art, daß statt vier, sechs Steuerklassen gebildet und die Steuersätze derselben von 1 Rthlr. 5 Sgr., 25 Sgr., $17\frac{1}{2}$ Sgr., $12\frac{1}{2}$ Sgr., 10 Sgr. und $7\frac{1}{2}$ Sgr. für den Eimer, statt früher auf Most, fortan auf Wein, durch Abschreibung von 15 Prozent von dem, bei der Aufnahme vorgefundenen Most, angewendet wurden.

Die ersten Zolltarife widmeten der Verschiedenheit der inneren Weinproduktion die erforderliche Rücksicht durch eine entsprechende Abmessung der Eingangsabgaben vom fremden Weine, indem diese Eingangsabgaben für die östlichen Provinzen weit höher gesetzt wurden, als für die westlichen Provinzen, wo eine gleich hohe Abgabe dem inländischen vorzüglichen Weine,

bei der Mäßigkeit der inneren Steuer, den ausschließlichen Markt gegeben, den ausländischen Wein fast ganz verdrängt, und mithin nur einen unbedeutenden Ertrag gewährt haben würde. Im ersten Zolltarife vom Jahre 1818. wurde nämlich (den Goldantheil unberücksichtigt) die Eingangsabgabe vom fremden Weine und Most in Fässern

für die östlichen Provinzen

vom Eimer à 60 Quart an Zoll auf 1 Rthlr., an Konsumtionssteuer auf 3 gGr. 3 Pf. pro Quart, oder 8 Rthlr. 3 gGr. pro Eimer, im Ganzen auf 9 Rthlr. 3 gGr. pro Eimer, oder vom Zentner auf 5 Rthlr. 14 Sgr. 3 Pf.,

für die westlichen Provinzen

pro Eimer an Eingangszoll auf $\frac{2}{3}$ Rthlr., an Konsumtionssteuer auf 2 gGr. 3 Pf. für das Quart oder auf 5 Rthlr. 15 gGr., überhaupt also für den Eimer auf 6 Rthlr. 7 gGr. oder vom Zentner auf 3 Rthlr. 23 Sgr. 3 Pf.

ferner als Ausnahme:

vom Franken-, Pfälzer- und Rheinwein und Most, auf 16 gGr.

Eingangszoll vom Eimer und 1 gGr. 3 Pf. Konsumtionssteuer

für das Quart, oder 3 Rthlr. 3 gGr. vom Eimer, überhaupt auf

3 Rthlr. 19 gGr. vom Eimer oder vom Zentner auf 2 = 8 = 3 =

festgesetzt.

Die Verschiedenheit in der Besteuerung des fremden Weins im Osten und Westen der Monarchie bestand daher nicht nur in den weit höhern Zollsätzen, sondern auch darin, daß in den westlichen Provinzen der deutsche Wein vorzugsweise gegen andere fremde Weine zu einem geringern Zollsatz zugelassen wurde, der die innere Steuer vom Weine erster Klasse nur um das Dreifache überstieg.

Um endlich die Differenz der Zollsätze bei dem Uebergange von Wein aus den westlichen in die östlichen Provinzen auszugleichen, wurde für einen solchen Uebergang eine Abgabe von einem guten Groschen pro Quart oder $1\frac{1}{2}$ Rthlr. pro Zentner angeordnet, und dadurch nicht allein die Eingangsabgabe vom fremden Weine für beide Abtheilungen der Monarchie ziemlich gleich gestellt, sondern auch dem, in den westlichen Provinzen erzeugten Weine bei seiner Konsumtion im Osten der Monarchie, eine Steuer von $3\frac{1}{3}$ bis $3\frac{2}{3}$ Rthlr. pro Eimer aufgelegt, die circa 37 Prozent der Eingangsabgabe vom fremden Wein betrug.

Die finanziellen Resultate dieser Besteuerungsweise waren sehr günstig. Die unter No. I. beigefügte Nachweisung der Weinversteuerungen in den Jahren 18²⁰/₂₇ ergibt, daß im Jahre 1820. 226,804 Zentner fremder Wein zur Konsumtion versteuert wurde, und daß die Steuer hiervon, incl. des unbedeutenden Betrages der Uebergangsabgabe, 1,204,545 Rthlr. oder 3,1842 Sgr. pro Kopf der damaligen Bevölkerung einbrachte.

Im Jahre 1821. belief sich die Steuer vom fremden Weine sogar auf 2,505,573 Rthlr., also auf mehr, als das Doppelte der im Jahre 1820. aufgefundenen Summe. Diese Erscheinung hatte aber fast lediglich ihren Grund in der überaus bedeutenden Erhöhung der Eingangsabgabe, welche, wie gleich näher erwähnt werden wird, die Heberolle für die Jahre 18²²/₂₄ einführte. Gleich nach deren Publikation wurden in den letzten Wochen des Jahres 1821., so weit nur die Handeltreibenden die Mittel beschaffen konnten, nicht allein alle Weinvorräthe aus den Kreditlagern und Niederlagen, sondern auch aller Wein, welcher bis zum Schlusse des Jahres 1821. noch über die Grenze eingebracht werden konnte, sofort zur Versteuerung angemeldet. Dieses Jahr kann daher zu einer vergleichenden Berechnung nicht dienen, die Versteuerungen in demselben müssen vielmehr größtentheils denen der nächst folgenden Jahre hinzugefügt werden.

Die Erhebungsrolle für die Jahre 18²²/₂₄. vereinigte nicht allein die bis dahin getrennten Sätze des Eingangszolles und der Konsumtionssteuer durchgehends in einen einzigen Eingangsabgabensatz, sondern legte auch der Besteuerung des Weins, statt des Gemäßes, das Gewicht zum Grunde. Die Eingangsabgabe vom fremden Wein wurde ferner

für die östlichen Provinzen

von dem oben berechneten Satz von 5 Rthlr. 14 Sgr. 3 Pf.
pro Zentner auf 8 =

für die westlichen Provinzen

vom außerdeutschen Weine zu 3 Rthlr. 23 Sgr. 3 Pf. }
vom deutschen Weine zu 2 = 8 = 3 = } auf 6 Rthlr.

für den Zentner erhöht, die Uebergangsabgabe für Wein, welcher aus den westlichen in die östlichen Provinzen übergeführt wird, dagegen von 1¹/₂ Rthlr. auf 1¹/₃ =
für den Zentner ermäßigt.

Wie die Anlage I. weiter ersieht, wirkten diese Veränderungen, welche eine Erhöhung des Steueraufkommens bezweckten, gerade im Gegentheile höchst nachtheilig auf die Steuereinnahme. Die versteuerten Weilmengen, die sich im Jahre 1820. auf 226,804 Zentner belaufen hatten, sanken um mehr, als die Hälfte und stellten sich erst im 6ten Jahre nach der Zollerhöhung wieder auf nur 139,440 Zentner. Eben so wenig erreichten die Gelberträge des günstigsten Jahres 1827., ungeachtet der um 1,200,000 Köpfe vermehrten Bevölkerung und der gestiegenen Wohlhabenheit, das Steueraufkommen des Jahres 1820. Zu dem Ertrage von 3,182 Egr. pro Kopf, welchen die Steuer vom Jahre 1820. gewährte, hätte das Jahr 1827. liefern müssen 1,334,691 Rthlr.
es brachte aber nur 1,170,546 =

mithin weniger 164,145 Rthlr.

Die Ursachen dieser Ausfälle beruhen in der nunmehr an und für sich zu hoch gestellten Steuer vom fremden Weine, vorzüglich aber in deren Unverhältnißmäßigkeit gegen die Steuer von den besseren, im Inlande erzeugten Weinen. Für die östlichen Provinzen stellte sich nach der neuen Heberolle die Steuer vom fremden Wein auf 6 Sgr. 8 Pf. für das Quart; die Abgaben von dem inländischen Rhein- und Moselweine dagegen, inclusive der innern Steuer, in den beiden höchsten Klassen durchschnittlich nur auf 1 Egr. 7¹/₃ Pf. Die nunmehr die Hälfte des Werths des fremden Weins übersteigende Eingangsabgabe mußte eine Verminderung der Verzehrung, die um 300 Prozent geringere Steuer von dem besseren inländischen Weine eine Vermehrung der Konsumtion desselben zur Folge haben, und wirklich ergibt die Nachweisung, daß die in den östlichen Provinzen versteuerte Menge fremden Weins, die im Jahre 1820. sich auf 174,000 Zentner belief, im Jahre 1827., als dem nächst günstigsten, nur 122,700 Zentner betrug, sich also um 51,300 Zentner vermindert hatte, während die Weinüberfuhr aus den westlichen in die östlichen Provinzen von circa 4000 Zentner in 18²⁰/₂₁. sich in 18²⁵/₂₇. bis auf circa 18,000 Zentner vermehrte. In den westlichen Provinzen war die Wirkung noch auffallender. Die Eingangsabgabe vom fremden Weine wurde zwar nur auf 6 Rthlr. für den Zentner gesetzt; dessen ungeachtet war die Abgabeerhöhung gegen die früheren Sätze bedeutender, als in den östlichen Provinzen, besonders aber erweiterte sich der Abstand der Steuer vom fremden von der Steuer vom einheimischen Wein fast um das Dreifache. Gegen die innere Weinsteuer der beiden ersten Klassen — durchschnittlich von ¹/₂ Egr. — betrug die Steuer vom deutschen Weine früher nur 1 Egr. 10³/₄ Pf., vom außerdeutschen Weine 3 Egr. 1³/₄ Pf. vom Quart; von 1822. ab aber ohne Unterschied 5 Egr., also nunmehr das Zehnfache der innern Weinsteuer,

und das Dreifache der frühern Steuer von deutschen Weine. Die Eingangsversteuerungen vom fremden Weine verminderten sich auch in dem Maaße, daß gegen 52,834 Zentner fremden Weins, die in 1820., inclusive der Zölle vom Weineingange überhaupt, mit 164,757 Rthlr. versteuert wurden, im günstigsten Jahre 1827. nur 16,752 Zentner gegen Entrichtung von 106,543 Rthlr. zur Versteuerung gelangten.

Der Ertrag der innern Weinststeuer in den Jahren 18²⁰/₂₈ ist in der Anlage No. II. sowohl für die westlichen, als für die östlichen Provinzen nachgewiesen. Für die Periode von 18²⁰/₂₇ ergibt sich darnach ein Durchschnittsertrag

für die östlichen Provinzen von	8,751 Rthlr.
für die westlichen Provinzen von	144,757 =
überhaupt von ...	153,508 Rthlr.

In diesem Zeitraume wurde die innere Weinststeuer mit Leichtigkeit erhoben. Schon in den Jahren 18¹⁹/₂₁ hob sich der Weinbau noch unter dem mäßigen Schutze der damaligen Steuer vom fremden Weine; seit der im Jahre 1822. erfolgten Erhöhung der Eingangsabgabe aber, stiegen die Preise der im Inlande erzeugten Weine zu einer zuvor nie erreichten Höhe, die mit Wein kultivirten Flächen wurden um mehr, als 5000 Morgen erweitert und dennoch fand die ganze Weinfreszenz willigen Absatz.

In den nächstfolgenden Jahren traten, mit dem 1sten Juli 1828. die Zollvereinigung mit dem Großherzogthume Hessen, mit dem 1sten Januar 1830. der Handelsvertrag mit Bayern und Württemberg, und mit dem 1sten Januar 1832. der Zollanschluß von Kurhessen ein. Diese Ereignisse hatten einen wesentlichen Einfluß auf die Abgaben vom Weine und deren Erträge; die dadurch hervorgerufenen Verhältnisse änderten sich indessen abermals gänzlich durch die mit dem Jahre 1834. erfolgte größere Ausdehnung der Zollvereinigungen. Zur Erleichterung der Uebersicht sind daher die Resultate der Steuererhebung vom fremden Weine für die 6 Jahre 18²⁸/₃₃ abgesondert zusammengestellt worden.

Da, nach den Zollverträgen mit dem Großherzogthume Hessen und Kurhessen, nur eine Zollrevenüen-Gemeinschaft zwischen diesen Staaten und den westlichen Preussischen Provinzen eintrat, Preußen mithin das Zollaufkommen in den östlichen Provinzen ausschließlich für sich behielt, das in den westlichen aber theilte, so mußten ferner, um das Resultat der Abrechnungen vor Augen zu legen, die Abgabenerträge vom Weine in den östlichen Provinzen von denen in den westlichen Provinzen getrennt, und letztere zugleich mit den Eingangsabgaben-Erträgen im Großherzogthume Hessen und in Kurhessen nachgewiesen werden. In dieser Weise ergibt die Anlage III. die Einnahmebeträge in den östlichen Provinzen und in der ganzen Monarchie, die Anlage IV. die Einnahme in den westlichen Provinzen und resp. im Großherzogthume Hessen und Kurhessen mit Auswerfung des für Preußen aus der Theilung verbliebenen Antheils.

Der Anschluß des Großherzogthums Hessen erfolgte, wie bemerkt, mit dem 1sten Juli 1828. Die Weinländerei dieses Staates umfaßt eine Fläche von 37,583 Morgen, auf welcher in guten Jahren etwa 640,000 Eimer Wein, zum großen Theil von vorzüglicher Güte, gewonnen werden mögen. Dieser Ertrag übersteigt weit den eigenen Bedarf dieses Staates, und es findet deshalb eine bedeutende Weinexportation statt. Die Frage, welcher Steuer der Rheinheffische Wein bei seinem Uebergange nach Preußen unterliegen solle, trat daher bei Unterhandlung des Zollvereins-Vertrages als besonders wichtig hervor, sowohl für die Erhaltung des eigenen Weinbaues in Preußen, als für dessen Steuereinnahme. Ungeachtet des großen Uebergewichts, welches den Rheinheffischen Weinen ihre Güte und Beliebtheit über die Preussischen

geben, begnügte man sich doch Preussischer Seits für die westlichen Provinzen mit einer Uebergangsabgabe vom zweifachen Betrage der höchsten inneren Weinsteuer, also von 2 Rthlr. 10 Sgr. pro Eimer, die, auf Gewicht reduzirt, für den Zentner auf $1\frac{1}{3}$ Rthlr. festgesetzt wurde; für die östlichen Provinzen dagegen vereinbarte man eine Abgabe von $2\frac{2}{3}$ Rthlr. für den Zentner bei dem direkten Uebergange dahin aus dem Großherzogthume Hessen, woneben der Rheinheffische Wein bei dem mittelbaren Uebergange aus den westlichen in die östlichen Provinzen der gewöhnlichen Uebergangsabgabe von $1\frac{1}{3}$ Rthlr. unterworfen wurde, so daß er auch auf diesem Wege nach den östlichen Provinzen $2\frac{2}{3}$ Rthlr. vom Zentner zahlte.

Für die Jahre 18 $\frac{28}{29}$, in welchen dieses Verhältniß der Abgabe vom Weine unverändert bestand, sind in den Heberegistern der östlichen Preussischen Provinzen die Weilmengen, welche direkt aus dem Großherzogthume Hessen gegen eine Uebergangsabgabe von $2\frac{2}{3}$ Rthlr. pro Zentner eingeführt sind, von dem Weine, welcher aus den westlichen Provinzen gegen die Hälfte dieser Abgabe einging, nicht getrennt gehalten; nur der Geldertrag der Uebergangsabgabe überhaupt hat aus denselben extrahirt werden können. Wie die Nachweisung III. ergibt, hat aber dieser Ertrag der Uebergangsabgabe, der in den vorhergehenden Jahren 18 $\frac{25}{27}$, für Rheinpreussischen Wein allein, die Summe von 26,000 Rthlr. nicht erreichte, gleich im Jahre 1828., obwohl der Vertrag mit dem Großherzogthume Hessen erst in der Mitte des Jahres eintrat, die Summe von 60,000 Rthlr. und im Jahre 1829. die von 87,000 Rthlr. überstiegen, und nach diesen Verhältnissen ist in der Nachweisung III. die versteuerte Menge berechnet. Danach betrug die aus dem Großherzogthume Hessen in die östlichen Provinzen übergeführte Weinquantität in dem vollen Jahre 1829. 23,874 Zentner
die in die westlichen eingeführte, nach der Beilage IV. 48,859 =

überhaupt. . . 72,733 Zentner.

Diese höchst bedeutende Quantität, welche die gesammte Menge des in den westlichen Preussischen Provinzen im Jahre 1827. versteuerten fremden Weins um das Dreifache überstieg und die des Jahres 1820. nahe erreichte, in den östlichen Provinzen aber die Ueberfuhr aus den westlichen übertraf, zeigt, welches Uebergewicht der Rheinheffische Wein gleich Anfangs über den fremden und einheimischen, ungeachtet des damals noch höheren Steuersatzes in Preußen, erlangte.

Die Steuererträge in den östlichen Provinzen hielten sich indessen in den Jahren 18 $\frac{28}{29}$, wie die Nachweisung III. ergibt, nicht allein auf der bisherigen Höhe, sondern stiegen noch von 1,064,003 Rthlr., welche in 1827. aufkamen, auf 1,169,574 Rthlr., wobei jedoch der mit dem Jahre 1828. erfolgte Eintritt von Anhalt-Köthen und Dessau in den engern Preussischen Zollverband nicht außer Einfluß blieb.

Hinsichtlich der zwischen dem Großherzogthume Hessen und den Preussischen westlichen Provinzen eingetretenen Gemeinschaftlichkeit der Revenüen vom fremden Weine ist zu bemerken, daß in den Jahren 18 $\frac{28}{29}$. von der Großherzoglichen Zollverwaltung keine Kommerzialregister geführt, wenigstens keine Zusammenstellungen derselben mitgetheilt sind. Um zu einer Theilungsberechnung der Steuer vom fremden Wein zu gelangen, blieb daher nur übrig, die in den Jahren 18 $\frac{28}{29}$. versteuerte Menge in der Nachweisung IV. eben so hoch anzunehmen, wie solche sich nach den Registerauszügen der Jahre 18 $\frac{30}{31}$. ergeben hatte.

Im Verhältnisse der Bevölkerung des Großherzogthums Hessen stellt sich danach die Konsumtion fremden Weins in diesem Staate weit geringer, als in den westlichen Preussischen Provinzen, und eine natürliche Folge davon war, daß bei einer Theilung des Steuerertrages

nach der Seelenzahl die Einnahme Preußens durch Herauszahlungen vermindert werden mußte. Diese Herauszahlungen waren aber wenig bedeutend, da die Bevölkerung des Großherzogthums Hessen sich zu der Seelenzahl der westlichen Preussischen Provinzen nur wie 1 zu 5 verhält.

Da endlich die Versteuerungen von fremden Weinen sich in den westlichen Preussischen Provinzen in den beiden Jahren 18²⁸/₂₉. nicht verminderten, vielmehr im Jahre 1829. eben wegen der gleich zu erwähnenden, mit dem Jahre 1830. eingetretenen abermaligen Erhöhung des Eingangszolles durch Vorversteuerung stiegen, so stellte sich in denselben die durchschnittliche Einnahme selbst höher, als im Jahre 1827.; und die Preussische Gesamteinnahme an Abgaben vom fremden und vereinsländischen Weine in den Jahren 18²⁸/₂₉. durchschnittlich auf 1,339,711 Rthlr., während sie im Jahre 1827. nur 1,170,546 Rthlr. betragen hatte.

Am 1sten Januar 1830. trat der Handelsvertrag mit Bayern und Württemberg in Wirksamkeit. Durch denselben wurde den, in diesen Staaten erzeugten Weinen der Eingang in den Preussisch-Hessischen Zollverband zu 40 Prozent der im Zolltarif festgesetzten Eingangsabgabe für fremde Weine verstattet. Diese Eingangsabgabe betrug damals, wie vorgedacht, für die östlichen Preussischen Provinzen 8 Rthlr., für die westlichen 6 Rthlr.; zu 40 Prozent dieser Zollsätze hätten daher die Bayerisch-Württembergischen Weine in den östlichen Provinzen zu 3¹/₅ Rthlr., im Großherzogthume Hessen und in den westlichen Preussischen Provinzen zu 2 Rthlr. 12 Sgr. für den Zentner zugelassen werden müssen. Zu Gunsten der Rheinheffischen Weine verstand sich indessen Preußen zu einer allgemeinen Gleichstellung des Eingangszollsatzes für den Wein auf 8 Rthlr., und durch dessen Anwendung auf das Großherzogthum Hessen und die westlichen Preussischen Provinzen wurde der aus Bayern und Württemberg in Folge des Handelsvertrages übergehende Wein überall mit der Abgabe von 3¹/₅ Rthlr. betroffen. Eine Folge dieser Gleichstellung der Eingangszollsätze war aber, daß gleichzeitig die Uebergangsabgabe von 1¹/₃ Rthlr. für jeden Zentner des aus dem Westen in den Osten der Preussischen Monarchie übergehenden Weins aufhörte, und daß ferner der Rheinheffische Wein nunmehr überall in Preußen zu dem Satze von 1¹/₃ Rthlr. pro Zentner eingehen durfte, die Steuer von 2²/₃ Rthlr. bei dem Eingange in die östlichen Provinzen daher auf die Hälfte herabgesetzt wurde. Durch diese Zugeständnisse an die Großherzoglich Hessische Regierung opferte Preußen an dem bisherigen Weinsteuer-Aufkommen der östlichen Provinzen allein eine Summe von jährlich mehr, als 60,000 Rthlr., indem die Uebergangsabgabe vom Rheinpreussischen und Hessischen Wein, die in 18²⁸/₂₉. noch durchschnittlich..... 74,357 Rthlr. eingetragen hatte, in 18³⁰/₃₁. auf..... 12,043 =

also um 62,314 Rthlr.

herabsank. War außerdem der Zollsatz von 6 Rthlr. vom Zentner fremden Wein schon mehr, als zureichend, um die Einfuhr und Konsumtion desselben im Großherzogthum Hessen und der Preussischen Rheinprovinz, bei dem eigenen Reichtume an trefflichen Weinen, herabzudrücken, so kam die Erhöhung auf 8 Rthlr. dort fast einem Verbote gleich.

Die Gesamtverzollung fremder Weine, die dem vollen Satze unterworfen waren, verminderte sich daher um circa 8000 Zentner, ungeachtet Meisenheim, Lichtenberg und Birkenfeld dem Zollverbande der westlichen Preussischen Provinzen und des Großherzogthums Hessen hinzu getreten waren, und die steigende Bevölkerung und Wohlhabenheit ein Zunehmen der Konsumtion hätte hervorbringen sollen.

Von den beiden Staaten, mit welchen der oben erwähnte Handelsvertrag abgeschlossen wurde, hat Württemberg zwar einen ausgedehnten Weinbau, bringt aber verhältnißmäßig

wenig in den Handel kommende Weine hervor, Bayern dagegen, dessen Weinland auf 96,000 Morgen mit einem Ertrage von $1\frac{1}{2}$ Millionen Eimer angegeben wird, erzeugt im Rheinkreise und an den Ufern des Rhains sehr gute und im Norden Deutschlands beliebte Weine, die auch früher schon, unter Entrichtung der vollen Abgabe, in die östlichen Preussischen Provinzen guten Absatz fanden. Um so mehr mußte deren Einfuhr bei einer um 60 Prozent ermäßigten Abgabe steigen, und wirklich gingen schon in den Jahren $18\frac{30}{31}$. in die östlichen Preussischen Provinzen 13,080
in den westlichen Zollverband 6,076

überhaupt also durchschnittlich 19,156
Zentner Wein aus Bayern und Württemberg gegen die Abgabe von $3\frac{1}{2}$ Rthlr. pro Zentner über.

Der Ertrag der Abgabe vom fremden Weine, welcher Preußen nach der Theilung des Steuer-Aufkommens in den westlichen Provinzen mit dem Großherzogthum Hessen verblieb, fiel unter diesen Verhältnissen geringer, als in den beiden vorhergegangenen Jahren aus. Er belief sich, nach der Nachweisung III., in $18\frac{30}{31}$. durchschnittlich nur auf... 1,229,015 Rthlr. während er in $18\frac{28}{29}$ 1,339,711 =

betrugen hatte, und stand daher gegen diese um 100,696 Rthlr. zurück, ein Ausfall, der theils auf Rechnung des oben gedachten Erlasses der Steuer von $1\frac{1}{2}$ Rthlr. pro Zentner vom Weine der Preussischen Rheinprovinz und des Großherzogthums Hessen bei seinem Uebergange in die östlichen Preussischen Provinzen, theils der Ermäßigung des Zolles von den Bayerisch-Württembergischen Weinen, endlich aber dem, durch die Ueberfuhr von durchschnittlich 60,740 Zentnern Hessisch-Bayerischen Weins, der nun schon fast $\frac{1}{3}$ tel der ganzen Konsumtion Preußens an fremdem Wein deckte, verminderten Verbräuche der fremden, dem vollen Eingangszolle unterliegenden Weine zuzuschreiben ist.

Mit dem 1sten Januar des Jahres 1832. schloß sich das Kurfürstenthum Hessen dem Preussisch-Hessischen Zollvereine an, jedoch ebenfalls nur unter Theilung der Zollrevenüen mit dem Großherzogthum Hessen und den westlichen Preussischen Provinzen, und das Fürstenthum Waldeck trat in den engern westlichen Zollverband mit Preußen. Waldeck baut gar keinen, Kurhessen sehr wenig Wein, der überdies nur ganz geringer Qualität ist und nicht in den Handel kommt.

Kurhessen führte die in Preußen bestehende Besteuerung der inländischen Weinproduktion ein, und erhielt daher auch, nach dem Verhältnisse der Bevölkerung, Antheil an dem Ertrage der Abgabe, welcher der Rheinhessische Wein bei dem Uebergange in die westlichen Preussischen Provinzen und nummehr auch in Kurhessen unterlag. Das Großherzogthum Hessen erlangte aber gelegentlich dieser Anschlüsse eine abermalige Ermäßigung der Uebergangsabgabe für seine Weine, indem diese Abgabe mit dem 1sten Januar 1832. von $4\frac{2}{3}$ Rthlr. pro Ohm auf $3\frac{2}{3}$ Rthlr., oder, nach dem angenommenen Gewichtverhältnisse, von $1\frac{1}{3}$ Rthlr. auf 1 Rthlr. 1 sgr. $5\frac{1}{4}$ pf. pro Zentner herabgesetzt wurde.

Obwohl nun unter diesen Begünstigungen die Einfuhr Rheinhessischer Weine in Preußen und Kurhessen, wie die Nachweisungen ergeben, in den Jahren $18\frac{32}{33}$. auf circa 79,000 Zentner stieg und die aus Bayern und Württemberg sich auf circa 15,000 Zentner stellte, mithin nur wenig gegen $18\frac{30}{31}$. zurück ging, so fielen doch die Gesamterträge der Steuern vom fremden Weine für Preußen in den Jahren $18\frac{32}{33}$. günstiger, als in den vorhergehenden beiden Jahren aus.

In den östlichen Preussischen Provinzen stieg nämlich die Versteuerung der fremden hoch besteuerten Weine um mehr, als 30,000 Zentner, theils weil wegen der damals herrschenden

Krankheiten der Verkehr mit dem Süden von Deutschland Hemmnisse erlitt, vorzüglich aber, weil seit 1827. dort gute Weinjahre ausblieben, der Preis der Rheinweine mithin stieg, und die Konkurrenz der französischen Weine wieder möglich wurde.

Der Durchschnitt der Jahre 18 ³² / ₃₃ . lieferte Preußen	
eine Einnahme von	1,495,926 Rthlr.
mithin gegen das Aufkommen in 18 ³⁰ / ₃₁ . von	1,229,015 =
	mehr... 266,911 Rthlr.
wovon auf die westlichen Provinzen	80,684 =
auf die östlichen.	186,227 =
fielen.	

Es folgte nun im Jahre 1833. die Vereinigung Preußens, Kurhessens und des Großherzogthums Hessen mit Bayern und Württemberg zu einem Gesamt-Zollvereine, welchem sich sofort Sachsen und der Thüringische Verein anschlossen, und der mit dem Jahre 1834. in Ausführung trat.

Bisher hatte Preußen nur die Zollrevenüen seiner westlichen Provinzen, sowohl mit Kurhessen und dem Großherzogthum Hessen, als auch mit den Regierungen der übrigen, dem Zollverbände jener Provinzen angeschlossenen Länder und Landestheile getheilt. Die im Jahre 1833. abgeschlossenen Verträge setzten dagegen eine durchgängige Theilung der Zollrevenüen zwischen allen, dem Zollvereine beigetretenen Staaten nach dem Maaßstabe der Bevölkerung fest, Preußen mußte daher auch das Zollaufkommen seiner östlichen Provinzen in die Theilungsmasse einwerfen.

Die Uebergangsabgabe vom Wein aus dem Großherzogthum Hessen nach Preußen und Kurhessen hatte bis dahin 1 Rthlr. 1 Sgr. 5 $\frac{1}{2}$ Pf. für den Zentner betragen; die abgeschlossenen Zollverträge stellten den Grundsatz auf:

daß die Ausgleichungsabgabe nach dem Abstände der gesetzlichen Steuer im Lande der Bestimmung von derselben Steuer im Lande der Herkunft bemessen werden, und die zur Zeit in Preußen bestehende Steuer vom inländischen Traubenmost und Wein die höchsten Ausgleichungs-Abgabensätze bilden, und Rückvergütungen ausgeschlossen sein sollten,

und hiernach wurde die Uebergangsabgabe für den Zentner Wein bei seinem Uebergange nach Preußen und nach denjenigen Staaten, welche die Preussische Weinststeuer einführten, auf 25 Sgr. festgesetzt.

Sachsen und die Theilnehmer des Thüringischen Vereins entschlossen sich, wie früher Kurhessen, zur Einführung der Preussischen Produktionssteuer vom Weine, und kamen dadurch in den Fall, auch die Uebergangsabgabe von 25 Sgr. für den Zentner Wein zu erheben, hinsichtlich deren nun zwischen dem gesammten Preussischen Staate und Sachsen, Kurhessen und dem Thüringischen Vereine eben solche Gemeinschaftlichkeit eintrat, wie sie bis dahin zwischen den Preussischen westlichen Provinzen und Kurhessen statt gefunden hatte.

Im Großherzogthum Hessen bestand zur Zeit seines Eintritts in den Zollverein mit Preußen eine Handels- und Tranksteuer vom Weine, welche bei jedesmaliger Einlage desselben mit 30 Kr. von der Dhm, und beim Auschanke nach einer, den Preisen der verschänkten Weine angemessenen Klassifikation der Kleinhändler und Weinschänker, mit 2 bis 8 Kr. vom Maaß oder 2 Fl. 40 Kr. bis 10 Fl. 40 Kr. von der Dhm erhoben wurde, deren Beibehaltung im Anschlußvertrage ausbedungen war. Eine ähnliche Besteuerung des Weins fand der Zollverein

in Württemberg vor, indem dort eine Kaufaccise von 5 Prozent des Verkaufspreises bei jeder Veräußerung von Wein, und außerdem eine Ausschankabgabe von $8\frac{1}{2}$ Prozent entrichtet wurde.

Auch die fernere Erhebung dieser Abgabe wurde vertragsmäßig gestattet. Württemberg und das Großherzogthum Hessen machten sich nur verbindlich, den fremden, bereits mit der Eingangsabgabe betroffenen Wein von jeder fernern Besteuerung freizulassen, ohne daß ihnen sonst irgend eine Beschränkung hinsichtlich der Regieform oder des Satzes ihrer Handels- und Tranksteuern vom eigenen und vereinsländischen Weine auferlegt wurde.

In Bayern fand eine innere allgemeine Besteuerung des Weines nicht statt.

In dem Umfange des Zollvereins, wie er sich in den Jahren 1834. und 1835. gebildet hatte, bestanden daher hinsichtlich der Weinbesteuerung und Steuertheilung drei Abtheilungen:

1. Im ganzen Zollvereine wurde vom fremden Weine die volle tarifmäßige Eingangs-Abgabe von 8 Rthlr. vom Zentner, ferner eine ermäßigte Abgabe von $3\frac{1}{2}$ Rthlr. vom Zentner von einer, zu diesem Satze zugelassenen bestimmten Quantität (ad maximum von 40,000 Flaschen) Neuschateler moussirenden Wein, endlich eine Abgabe von $\frac{1}{2}$ Rthlr. pro Zentner vom Schweizer weißen Bodenseewein erhoben, und deren Ertrag nach dem Maaßstabe der Bevölkerung unter sämtliche Mitglieder vertheilt.

2. Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen besteuerten die inländische Weinproduktion nach einer Klassifikation der Weinländer, jeder für eigene Rechnung, erhoben aber von dem Weine der süddeutschen Vereinsstaaten gemeinschaftlich eine Uebergangs-Abgabe von 25 Sgr. pro Zentner, die sie ebenfalls nach dem Maaßstabe der Bevölkerung unter sich theilten. Die innere Weinsteuer vom Weine durfte, wenn solcher aus diesen Staaten in die südlichen Vereinsstaaten übergeführt wurde, nicht restituirt werden.

3. Württemberg und das Großherzogthum Hessen erhoben eine Handels- und Tranksteuer vom eigenen und vereinsländischen Weine, jeder Staat für privative Rechnung; in Bayern blieb der eigene, mithin auch der vereinsländische Wein von einer Besteuerung frei.

Die finanziellen Resultate dieser vertragsmäßigen Einrichtung für Preußen gehen aus den Beilagen unter No. V. VI. und VII. näher hervor. Die Nachweisung No. V. ergibt nach Zentnern die Weinversteuerungen an außervereinsländischem Weine, welche für Rechnung des gesammten Zollvereins in jedem Zollvereinsstaate stattgefunden haben, die Nachweisung VI. berechnet die Gelderträge davon, und die aus der Theilung respektive auf Preußen und die Vereinsstaaten gefallenen Summen. In den Jahren $18\frac{34}{35}$. sind danach im ganzen Zollvereine 176,040 Zentner Wein zum vollen Satze von 8 Rthlr. versteuert worden, also beinahe 900 Zentner weniger, als in den Jahren $18\frac{32}{33}$. allein in Preußen zur Versteuerung kamen. Die um 8,733,800 Seelen vergrößerte Bevölkerung hatte daher gar keinen Einfluß auf den Ertrag der Steuer vom fremden Weine gehabt, die Preussischen Versteuerungen hatten vielmehr um 24,522 Zentner, also um mehr, als die Menge von 23,634 Zentnern abgenommen, von welcher die Eingangsabgabe in den Vereinsstaaten entrichtet worden war. Der eingeführte schäumende Neuschateler Wein ergibt sich, sowohl der Menge, als den Gelderträgen nach, als unbedeutend, und eben so unbedeutend ist der Eingangs-Abgabebetrag vom Schweizer Weine, wenn gleich die verzollte Quantität von 11,500 Zentnern ansehnlich genug erscheint. Die Theilungsberechnung zeigt ferner das Verhältniß des Steueraufkommens in Preußen und in den übrigen Vereinsstaaten, und den nach der Theilung auf ersteres und letztere fallenden Antheil; Preußen erhielt aus der Theilung im Durchschnitte der Jahre $18\frac{34}{35}$. nur die Summe von 825,312 Rthlr.

V.

VI.

VII.

Die aus den südlichen Vereinsstaaten nach Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen gegen die Ausgleichungsabgabe von 25 Sgr. pro Zentner übergegangenen Weinmengen, den Steuerbetrag, und die aus der Theilung auf Preußen und die ebengedachten, in der Gemeinschaftlichkeit dieser Abgabe stehenden Staaten gefallenem Einnahme-Antheile giebt die Nachweisung sub No. VII. zu ersehen. Der Süden des Vereins führte danach gleich im ersten Jahre des Zollvereins 200,000 Zentner, im zweiten Jahre 241,000 Zentner Wein in den Norden über, durchschnittlich in den beiden Jahren also..... 220,500, mithin circa..... 59,000 Zentner mehr, als in den gedachten nördlichen Vereinsstaaten in 18 $\frac{34}{35}$. an fremdem Wein zur Verzollung gekommen waren. Der auf den Preussischen Staat fallende Antheil an der Uebergangsabgabe betrug durchschnittlich 149,389 Rthlr.

Wenn nun die Einnahme Preußens vom fremden und vereinsländischen Weine in den Jahren 18 $\frac{32}{33}$. durchschnittlich jährlich..... 1,495,926 Rthlr. betragen hatte, demselben aber in den Jahren 18 $\frac{34}{35}$. aus der Theilung der Eingangsabgabe vom fremden Weine..... 825,312 Rthlr. aus der Theilung der Uebergangsabgabe..... 149,389 =

in Summa... 974,701 =

verblieben waren, so ergibt sich hiernach ein Ausfall von..... 521,225 Rthlr. in jedem der Jahre 18 $\frac{34}{35}$.

Mit dem Jahre 1836. erweiterte sich der Zollverein durch den Hinzutritt von Baden, Nassau und Frankfurt a. M. im Wesentlichen zu seinem jetzigen Umfange, indem nur mit dem Jahre 1838. noch einige hannöversische und braunschweigische Landestheile sich, im engeren Verbande mit Preußen, dem Zollvereine anschlossen.

In dem Gebiete der freien Stadt Frankfurt findet nur ein, nach Quantität und Qualität geringer Weinbau statt. In Baden ist die Kultur des Weinstocks ausgedehnt; die mit Wein beplante Fläche wird auf 68,000 Morgen, und der Ertrag auf 1 Million Eimer in guten Jahren angegeben, wovon jedoch nur ein verhältnißmäßig geringer Theil von solcher Güte ist, daß er in den Ausfuhrhandel nach den nördlichen Vereinsstaaten kommt. Nassau erzeugt bekanntlich die vorzüglichsten und kostbarsten Weine von ganz Deutschland. Der Flächeninhalt seiner, reichlichen Ertrag gewährenden Weingärten soll 16,000 Morgen betragen, und nur der geringere Theil des Weingewinnes wird im Inlande verzehrt.

In den eben gedachten drei Staaten war eine nicht unbedeutende Besteuerung der Wein-konsumtion durch Handels- und Tranksteuern unter dem Namen von Accise, Ohmgeld &c. eingeführt, die auch nach dem Eintritte in den Zollverein, wie in Württemberg und im Großherzogthum Hessen, beibehalten, und von welcher nur der fremde Wein, von dem die tarifmäßige Eingangsabgabe entrichtet ist, befreit wurde. Baden, Nassau und Frankfurt traten daher im Zollvereine denjenigen Staaten hinzu, welche die innere Steuer vom Wein jeder für sich beziehen, wogegen ihre Weine bei dem Uebergange in die nördlichen Vereinsstaaten der Uebergangsabgabe von 25 Sgr. pro Zentner unterliegen.

Wie sich, nach dieser Erweiterung des Zollvereins, der Antheil Preußens an der Steuer vom fremden und vereinsländischen Wein herausstellte, geht aus den Beilagen VI. und VII. ebenfalls hervor. Der Ertrag der Eingangsabgabe von 8 Rthlr. vom Zentner fiel hinweg, den die Nassauischen und Badenschen Weine bei ihrer Einfuhr in den Zollverein in den Jahren 18 $\frac{34}{35}$. noch gewährt hatten, und somit kam, da Oesterreichische Weine nicht eingeführt werden, kein

Deutscher Wein mehr zur Eingangsversteuerung. Da sich nun auch die Konsumtion außerdeutscher Weine in den neu hinzugetretenen Staaten in $18\frac{36}{38}$. verhältnißmäßig nicht höher herausstellte, als in denjenigen süddeutschen Staaten, welche schon seit 1834. dem Zollvereine angehörten, da sich sogar die zu dem Eingangsabgabensatz von 8 Rthlr. pro Zentner versteuerten Mengen im Durchschnitt von $18\frac{36}{38}$. gegen den Durchschnitt von $18\frac{34}{35}$. um fast 8,000 Zentner verminderten, und der dagegen um 14,000 Zentner vermehrte Eingang von Schweizer Weinen zu $\frac{1}{2}$ Rthlr. für diesen Ausfall keinen Ersatz gewähren konnte, so mußte, bei der vermehrten Zahl der Theilnehmer, der auf jeden einzelnen Staat fallende Antheil an der Eingangsabgabe sich nothwendig vermindern. Preußen erhielt aus dieser Theilung durchschnittlich in jedem Jahre nur 735,188 Rthlr.

Der Ertrag der Uebergangsabgabe und der Preussische Antheil an derselben erhöhte sich dagegen nicht einmal. Seit dem Jahre 1834. waren keine guten und reichlichen Leseen gehalten worden; die Vorräthe von 1834er Weinen waren nach und nach verzehrt oder im Preise gestiegen, und es verminderte sich daher die Ueberfuhr vom vereinsländischen Wein in die nördlichen Vereinsstaaten in den Jahren $18\frac{36}{38}$. gegen die in den Jahren $18\frac{34}{35}$. von 220,445 Zentnern auf 197,048 Zentner, und in gleichem Verhältnisse auch die Uebergangsabgabe und der Antheil Preußens an derselben, der sich durchschnittlich nur auf 133,660 Rthlr. herausstellte.

Der Einnahme = Antheil Preußens aus der Abgabe vom fremden und vereinsländischen Weine, der sich in $18\frac{32}{33}$. auf 1,495,926 Rthlr. jährlich belaufen hatte, war daher auf einen Betrag von 735,188 Rthlr. und 133,660 =

in Summa von... 868,848 =

also um... 627,078 Rthlr.

jährlich gesunken.

Dieser Ausfall hatte seine Ursachen theils in der verminderten eigenen Einnahme Preußens, theils in den obenein aus der Theilung entspringenden Herauszahlungen. Die in Preußen aufgetommenen Steuern betrugen nämlich durchschnittlich in $18\frac{36}{38}$.

an Steuer vom fremden Weine	1,114,190 Rthlr.
an Uebergangsabgabe	64,193 =
dazu empfing es aus der Theilung der letztern	69,467 =

in Summa also... 1,247,850 Rthlr.

in $18\frac{32}{33}$. betrug die Einnahme Preußens 1,495,926 =

mithin in $18\frac{36}{38}$. weniger 248,076 Rthlr.

Von der Einnahme an Eingangsabgabe vom fremden

Weine mit 1,114,190 Rthlr.

fielen bei der Theilung auf Preußen nur 735,188 =

Preußen zahlte mithin heraus 379,002 =

macht die oben berechneten 627,078 Rthlr.

Erwägt man aber, daß sich die Bevölkerung Preußens und der mit ihm im engern Zoll- und Steuerverbände stehenden Staaten seit dem Zeitraume von $18\frac{32}{33}$. bis zur Periode $18\frac{36}{38}$. durchschnittlich um $\frac{1}{2}$ Million Seelen jährlich vermehrt hatte, daß daher bei der Fortdauer des Zustandes vor $18\frac{32}{33}$. der Gesamteinnahme-Ertrag wahrscheinlich für diese halbe Million um den

damals auf den Kopf der Bevölkerung gefallenen Steuerbetrag von 3 Egr. gestiegen sein würde, so stellt sich der Ausfall noch um 50,000 Rthlr. höher.

Was die innere Weinsteuer in der Periode von 18²⁸/₃₈ anbelangt, so begann im Jahre 1828. kaum die Einfuhr Rheinheffischer Weine, als auch die Weinbauer, besonders die in der Preussischen Rheinprovinz, anfangen, laute Klagen zu erheben.

Die Preussischen Rhein- und Moselweine hatten durch die, seit dem Jahre 1822. erhöhte Eingangsabgabe bis zum Jahre 1828. fast ein Exclusivum gegen die Deutschen Weine im Preussischen Staate erlangt, und von nun an mußten sie die Konkurrenz von jährlich 60,000 Zentnern Rheinheffischer, später noch von 15 bis 20,000 Zentnern Bayerischer Weine, und seit 1834. aller vereinsländischen Deutschen Weine bestehen. Sie waren jetzt selbst in eine nachtheiliger Lage gebracht, als in den Jahren 18²⁰/₂₁, denn der damalige Zolltarif hatte ihnen gegen die übrigen Deutschen Weine, nach Abzug der, in die beiden oberen Klassen fallenden inneren Steuer, durchschnittlich einen Vorzug von 1 Rthlr. 20 Egr. 3 pf. pro Zentner gewährt; seit 1828. aber genossen sie in diesen beiden Klassen gegen den Rheinheffischen Wein nur einen Schutz von 22 Egr., später nur von 13 Egr. 5 Pf., endlich seit 1834. nur von 7 Egr. vom Zentner, und diese geringe Abgabe-Differenz wurde zu Gunsten der vereinsländischen Weine so überreichlich durch deren größere Güte und Beliebtheit ausgeglichen, daß dieselben selbst in der eigentlichen Heimath der Preussischen Rhein- und Moselweine, in der Preussischen Rheinprovinz, mit diesen in eine sehr erhebliche Konkurrenz traten, ohne daß sich den Rheinpreussischen Weinen gegenseitig die mindeste Aussicht auf einen Absatz nach dem Großherzogthum Hessen oder Bayern und Württemberg eröffnete.

Die Preussische Steuerverwaltung wurde daher mit Klagen über den Untergang des Weinbaues und mit Gesuchen um Steuererlasse überhäuft, und mußte letztere in so ausgedehntem Maaße bewilligen, und so große Summen als unbeibringlich niederschlagen, daß sich die Einnahme an innerer Weinsteuer, wie die Beilage II. ergibt, in der Periode 18²⁸/₃₈ durchschnittlich nur auf 117,947 Rthlr. stellte, und sich gegen das frühere durchschnittliche Steueraufkommen um 35,561 = jährlich verminderte.

Die Ursachen der Ausfälle Preußens an seiner Steuereinnahme vom fremden Weine sind im Eingange der vorstehenden Darstellung theils der, den Konsumtionsverhältnissen nicht entsprechenden Theilung des Zollaufkommens vom fremden Weine, theils der verhältnißmäßig zu geringen Besteuerung der vereinsländischen Weine zugeschrieben. Es bleibt übrig, den Beweis für diese Behauptung aus den gelieferten Zahlen und Angaben zu entwickeln.

Die Konsumtion des Weins richtet sich, wie jede andere Verzehrung, nach der Gewohnheit, Wohlfeilheit und Güte, und nach der Nähe und Gelegenheit der Bezugsquellen.

Die Preussischen östlichen Provinzen, in welchen nur sehr geringer Wein erzeugt wird, wo der Genuß des Weins wegen seiner, durch Abgaben gesteigerten Theuerung nur den Wohlhabenden gestattet ist, haben von jeher den größten Theil ihres Bedarfs an Tisch- und Desertweinen vorzüglich über See durch die Ostseehäfen oder auf dem Elbwege aus Frankreich, Spanien und Portugal bezogen, wohin sie durch Handelsverbindungen, Wohlfeilheit der Fracht, Güte und Preiswürdigkeit der Französischen Weine geleitet wurden. Nur in Schlesien und in der

Provinz Posen wird Ungarwein in bedeutenderen Quantitäten konsumirt; Deutsche Weine sind früher in den östlichen Provinzen nicht so allgemein, und erst seit dem Jahre 1815. in von Jahr zu Jahr wachsender Ausdehnung getrunken worden. In Westphalen und am Rhein, so weit dort nicht das eigene Gewächs ausschließlich verzehrt wird, ist dagegen die bis zum Jahre 1818. durch Zolllinien wenig gehinderte Konsumtion Deutscher Weine, eben der Nähe und der leichtern Handelsverbindung wegen, von jeher größer gewesen, als die der Französischen Weine; seit Einführung des Zollsystems aber ist letztere immer mehr verdrängt worden. Nach dem Verhältnisse der Bevölkerung müßte in den westlichen Provinzen die Konsumtion außerdeutscher Weine etwa $\frac{1}{4}$ tel der ganzen Preussischen Verzehrung betragen, sie beträgt aber nur $\frac{1}{10}$ tel derselben. Im ganzen Preussischen Staate werden unter 100 Zentnern an fremdem Weine etwa 85 aus Frankreich, 7 aus Ungarn und 8 aus Spanien, Portugal und Italien bezogen.

Sachsen, Thüringen und Kurhessen liegen den Deutschen Weinländern näher, und von jeher hat dort, etwa mit Ausnahme der Elb- und Wesergegenden, die Konsumtion der Deutschen Franken- und Rheinweine die der außerdeutschen weit überwogen; in den südlichen Vereinsstaaten ist in den Weinländern das eigene Gewächs, in den Landstrichen Bayerns und Württembergs, wo Weinbau nicht getrieben wird, aber das Bier fast das ausschließliche Getränk.

Die Nachweisung V. drückt diese Verschiedenheit der Konsumtions-Verhältnisse in Zahlen aus. Nach der am Fuße derselben befindlichen Berechnung fielen von der, in den Jahren 18 $\frac{36}{38}$. versteuerten Gesamtmenge an fremdem Wein in Preußen: 0,3608 Quart, in Sachsen, Kurhessen und Thüringen 0,1269 Quart, in den südlichen Vereinsstaaten 0,0744 Quart, in den Vereinsstaaten außer Preußen 0,0887 Quart, und im ganzen Zollvereine 0,2363 Quart durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung, und Preußen versteuerte daher im Verhältnisse gegen Sachsen, Kurhessen und Thüringen circa das 3fache, gegen die südlichen Vereinsstaaten das 6fache, und gegen alle Vereinsstaaten das 4 $\frac{1}{2}$ fache an fremdem Wein. Wie sehr die Konsumtion solcher Weine in den übrigen und vorzüglich in den südlichen, Weinbau treibenden Vereinsstaaten nur dem höheren Luxus angehört, zeigt ferner die sub No. VIII. beigefügte Nachweisung der im Jahre 1838. versteuerten Flaschenweine. In Preußen beträgt der versteuerte Flaschenwein (größtentheils Champagner) von den überhaupt zur Besteuerung gelangten Weinen nur 9 Prozent, in Sachsen, Kurhessen und Thüringen dagegen 26 Prozent, in den südlichen Vereinsstaaten 41 Prozent der gesammten versteuerten Weinmenge.

Die Verschiedenheit der versteuerten und konsumirten Weinquantitäten bildet nun ferner die Differenz der in jedem Vereinsstaate davon auf gekommenen und zur Theilungsmasse gezahlten Steuersummen. In der Beilage No. IX. sind die in Preußen, in den übrigen Vereinsstaaten, und im ganzen Zollvereine für jedes der Jahre 18 $\frac{36}{38}$. auf gekommenen Steuerbeträge für den Kopf berechnet. Der auf den Kopf im ganzen Zollverein fallende Durchschnittssatz ist derjenige, nach welchem vertragmäßig die Theilung des gesammten Zollaufkommens, mithin auch des Ertrages der Eingangsabgabe vom Wein erfolgt. Der Staat, in welchem eine höhere Steuer für den Kopf seiner Bevölkerung aufkommt, muß die Differenz gegen den Gesamtdurchschnittssatz herauszahlen, und derjenige Staat, zu dessen Zollkasse weniger, als der Durchschnittssatz geflossen ist, erhält das Fehlende.

Es betrug nun

für Preußen:

in den Jahren	die eigene durchschnittliche Einnahme pro Kopf:	der Theilungssatz pro Kopf war:	Es mußte mithin für jeden Kopf der Be- völkerung herausge- zahlt werden:	Die Bevölkerung war:
1836.	2,4430 Egr.	1,6197 Egr.	0,8233 Egr.	13,691,953.
1837.	2,2589 =	1,4898 =	0,7691 =	13,692,889.
1838.	2,5068 =	1,6474 =	0,8594 =	14,319,711.

für die Vereinsstaaten:

			Die Vereinsstaaten empfangen daher für jeden Kopf:	
1836.	0,6502 Egr.	1,6197 Egr.	0,9695 Egr.	11,628,263.
1837.	0,5842 =	1,4898 =	0,9056 =	11,628,009.
1838.	0,6146 =	1,6474 =	1,0328 =	11,915,653.

Diese Differenz des Theilungssatzes gegen das eigene Steueraufkommen pro Kopf, multipliziert mit der Seelenzahl, bildet also für jedes Jahr die Summen, die Preußen in 18³⁶/₃₈ herauszuzahlen und die Vereinsstaaten zu empfangen hatten. Die Summe dieser Herauszahlungen ist in der, unter No. IX. beiliegenden Nachweisung berechnet, und stimmt im Durchschnitt aller 3 Jahre mit derjenigen von 379,002 Rthlr., welche bereits oben nachgewiesen ist, so nahe überein, als es die Berechnung nach nur 4 Dezimalstellen zuläßt.

In welcher Weise die Verschiedenheit der Besteuerung der im Süden des Vereins erzeugten Weine bei ihrer Ueberfuhr und Konsumtion im Norden, gegen die Eingangsabgabe vom fremden Weine sich entwickelt hat, ist oben gezeigt worden. Der fremde Wein zahlt jetzt bei seinem Eingange in den Zollverein eine Abgabe von 6 Egr. 8 Pf., der vereinsländische Wein in Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen nur 8 Pf. vom Quart, der erstere mithin das Zehnfache des letzteren.

Die erste Zollvereinigung im Jahre 1828. fand in Preußen für die östlichen Preussischen Provinzen den Tariffatz der Eingangsabgabe vom fremden Wein von 8 Rthlr., in den westlichen von 6 Rthlr. für den Zentner vor. Der aus dem Westen in den Osten eingehende Wein zahlte eine Uebergangsabgabe von 1 $\frac{1}{2}$ Rthlr., der eigene, in der Rheinprovinz erzeugte Wein bei seiner Konsumtion im Osten daher, einschließlic der innern Steuer, durchschnittlich 2 $\frac{1}{2}$ Rthlr. vom Zentner. Diese Abgabe gewährte der Erhebung der hohen Steuer vom fremden Wein in den östlichen Provinzen wenigstens einigen Schutz; mit dem Jahre 1828. aber traten die Rheinheffischen Weine gegen Entrichtung einer Abgabe von resp. 1 $\frac{1}{2}$ und 2 $\frac{2}{3}$ Rthlr., also mit einer Begünstigung von resp. 4 $\frac{2}{3}$ und 5 $\frac{1}{3}$ Rthlr. für den Zentner, mit dem fremden Weine in Konkurrenz, und indem die für die westlichen Provinzen bestehende Eingangsabgabe von 6 Rthlr. auf das Großherzogthum Hessen überging, wurde gleichzeitig dort die vielleicht früher schon nur geringe Konsumtion fremder Weine noch mehr erschwert. Das Jahr 1830. stellte dann die

Eingangsabgabe vom Wein überall auf 8 Rthlr. vom Zentner sowohl in den westlichen Provinzen Preußens, als im Großherzogthum Hessen, verschloß daher dem fremden Weine die Thür fester, öffnete sie aber gleichzeitig in den östlichen Preussischen Provinzen für den Rheinpreussischen und Rheinhessischen Wein noch weiter, indem für ersteren die Uebergangsabgabe von $1\frac{1}{3}$ Rthlr. ganz wegfiel, für den letzteren auf $1\frac{1}{3}$ Rthlr. ermäßigt wurde.

Zu gleicher Zeit traten die Bayerischen Weine gegen eine Abgabe von $3\frac{1}{2}$ Rthlr., also mit einem Vorzuge von $4\frac{1}{2}$ Rthlr. pro Zentner, auf den Weinmarkt in Preußen.

Im Jahre 1832. erweiterte sich dieser Markt durch den Hinzutritt Kurhessens unter nochmaliger Ermäßigung der Abgabe für den Rheinhessischen Wein bis auf 1 Rthlr. 1 Egr. $5\frac{1}{2}$ Pf.; mit den Jahren 1834. und 1836. endlich wurde die Eingangsabgabe von 8 Rthlr. für den Zentner vom fremden Wein von sämtlichen Zollvereinsstaaten adoptirt, und Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen setzten die Steuer vom vereinsländischen Weine auf 25 Egr. herab.

So war also das System der Preussischen Weinbesteuerung, ursprünglich auf ein Land berechnet, in welchem gar kein Wein gebaut wird, nach und nach auf einen Staatenverein übergegangen, welcher die trefflichsten Weine in solchem Uebersflusse produziert, daß dieser mehr, als hinreicht, den Bedarf sämtlicher, in diesem Vereine begriffenen Staaten zu decken.

Der Erfolg davon konnte nicht zweifelhaft sein. Jene Besteuerungsweise, die lediglich auf einen hohen Geldertrag berechnet war, bei der der Zweck einer Begünstigung inländischer Weinkultur nicht vorwalten konnte, weil eine solche Kultur nicht existirte, hatte durch ihre Ausdehnung auf den Zollverein ihre Natur verloren, war in eine übermäßige Schutzsteuer für den inneren Weinbau verwandelt worden, und mußte, gerade dieser Verwandlung wegen, ihren wesentlich finanziellen Zweck verfehlen, ja ihn vernichten. Der fremde Wein, belastet mit einer Abgabe von 6 Egr. 8 Pf. vom Quart, konnte im Süden des Zollvereins, wo ihn ohnehin die Macht der Gewohnheit ausschließt, keinen Absatz finden, da dort für den Betrag dieser Steuer selbst trefflicher Wein, beim Ankaufe in größeren Quantitäten, zu haben ist; im Norden des Vereins aber, wo der vereinsländische Wein nur einer Steuer von 8 Pf. unterliegt, trat dieser Wein dem fremden mit einem Vorzuge von 6 Egr. für das Quart entgegen und mußte das Uebergewicht über denselben gewinnen, da er bei mehr, als gleicher Güte zu weit geringerem Preise verkauft werden konnte. Schon seit dem Jahre 1822. hatte der Weinbau im Innern von Preußen, der durchschnittlich nur einen Jahresertrag von circa 400,000 Eimern, und darunter verhältnißmäßig wenig Weine, die außer ihren Produktionskreisen Absatz finden, liefert, bei der weit geringeren Unverhältnißmäßigkeit der inneren Besteuerung gegen den Eingangszoll vom fremden Wein, das Steueraufkommen geschmälert; wie viel mehr mußte letzteres sinken, als diese Unverhältnißmäßigkeit in der Besteuerung gesteigert und auf eine Weinkultur ausgedehnt wurde, die vielleicht durchschnittlich in einem Jahre 2 bis 3 Millionen Eimer Wein erzeugt, und unter diesen einen weit größeren Theil trefflicher Weine, die an Güte und Beliebtheit den besten Preussischen Weinen weit voranstehen.

So erklärt es sich denn, daß die Versteuerungen vom fremden Weine, die in Preußen in 18 $\frac{32}{33}$. noch 176,927 Zentner betragen hatten, in 18 $\frac{34}{35}$. auf 152,405 Zentner, in 18 $\frac{36}{37}$. auf 139,337 Zentner, also um 37,600 Zentner sanken, ungeachtet einer Vermehrung der Bevölkerung von fast 1 Million Seelen; daß im Zollvereine von 18 $\frac{34}{35}$. bei einer Seelenzahl von $23\frac{1}{2}$ Million überhaupt nur 176,040 Zentner fremden Weins zum vollen Sage versteuert wurden, und daß diese versteuerte Menge in 18 $\frac{36}{37}$. bis auf 168,207 Zentner, also um fast 8000 Zentner herunterging, während sich die Bevölkerung durch den Hinzutritt neuer Staaten um mehr, als 2 Millionen Seelen vermehrt hatte.

Im entgegengesetzten Verhältnisse stieg die Ueberfuhr vereinsländischer Weine aus den südlichen in die nördlichen Vereinsstaaten. Gegen 95,000 Zentner vereinsländischer Weine, die in 18 $\frac{32}{33}$ zu ermäßigten Abgabesätzen in Preußen und Kurhessen für eine Bevölkerung von 14 Millionen Seelen eingeführt wurden, gingen in 18 $\frac{34}{35}$ in Preußen, Sachsen, Thüringen und Kurhessen bei einer Bevölkerung von 17 Millionen Seelen 206,000 Zentner vereinsländischer Weine durchschnittlich in jedem Jahre ein, mithin 111,000 Zentner mehr, während die Bevölkerung nur um 3 Millionen Seelen vermehrt war.

Eine Aenderung dieses Verhältnisses ist bei einer Fortdauer der jetzigen Besteuerungssätze in keiner Art zu erwarten, vielmehr ist vorauszusehen, daß die Konsumtion der vereinsländischen Weine sich in den nördlichen Vereinsstaaten fortdauernd vermehren, die der fremden Weine sich vermindern wird. Seit dem Jahre 1834. ist den Weinbauern Deutschlands eine gute und reichliche Weinlese nicht zu Theil geworden und die Preise der guten Weine sind daher gestiegen, während ein günstiger Herbst in Frankreich die Konjunktur für die Französischen Weine vorteilhafter gestellt hat. Tritt aber im südlichen Deutschland ein gutes Weinjahr ein, so wird mit den sinkenden Weinpreisen der Absatz nach dem Norden noch höher, als in den Jahren 18 $\frac{34}{35}$ gesteigert werden. Schon jetzt hat der vereinsländische Wein in den nördlichen Vereinsstaaten links der Elbe, bei Weitem die Oberhand gewonnen, in Schlessien und in den Marken die Konsumtion desselben sich bedeutend vermehrt, und wenn auch hier und in den nördlicher gelegenen Preussischen Landestheilen die Gewohnheit noch dem Französischen und Ungarweine den Vorzug giebt, so muß diese dennoch endlich der Ungleichheit der Steuer unterliegen. Der Verlust, welchen Preußen, wie oben berechnet, in den Jahren 18 $\frac{36}{38}$ jährlich mit 627,078 Rthlr. an seiner früheren Einnahme aus der Besteuerung des fremden Weins erlitten hat, wird sich daher, wenn die jetzigen Verhältnisse fortauern, nicht vermindern, sondern vermehren, der innere Weinbau wird immer tiefer, und mit ihm das Steueraufkommen aus der inneren Weinsteuer sinken, und die Unverhältnismäßigkeit in der Getränkebesteuerung mit der Verdrängung außerdeutscher Weine fortschreiten, indem schon jetzt mehr, als die Hälfte des zur Verzehrung der Wohlhabenden gelangenden vorzüglichen Weins nur 8 Pf. Steuer pro Quart zahlt, der Branntwein dagegen gesetzlich einer Steuer von 18 Pf. pro Quart unterliegt. Die Steuer von den guten deutschen Weinen beträgt im Norden Deutschlands sonach 6 Prozent, die des Branntweins 100 Prozent des Werths dieser Getränke.

In wiefern die Einnahme aus der Besteuerung des Weins in Sachsen, Kurhessen und Thüringen sich seit 1834. gegen frühere Zeiten vermindert oder gehoben habe, darüber liegen keine nähere Nachrichten vor. Gewiß ist es aber, daß auch der auf diese Staaten fallende Antheil aus der Abgabe vom fremden und vereinsländischen Weine sich in 18 $\frac{36}{38}$ bereits gegen 18 $\frac{34}{35}$ bedeutend vermindert hat. Desto größer sind dagegen die Vortheile, welche den südlichen Vereinsstaaten durch die Verhältnisse, welche der Zollverein für die Weinbesteuerung geschaffen hat, zufließen. Nicht allein haben sie für den Absatz ihres Weingewinns, statt einer billigen Bevorzugung, fast ein Exklusivum gewonnen, sondern sie theilen auch die fast allein in den nördlichen Vereinsstaaten für fremden Wein aufkommende Steuer und ziehen außerdem aus der Besteuerung des eigenen und vereinsländischen Weins eine ungleich höhere Einnahme, indem sie durch die Vertragsbedingungen in dieser Hinsicht in keiner Art einer Beschränkung unterworfen wurden. Während die nördlichen Vereinsstaaten sich die Bedingung gefallen ließen, daß die im Jahre 1834. in Preußen bestandenen Steuersätze vom inländischen Weine den höchsten Satz desjenigen bilden sollen, was in einem Vereinsstaate, wo jene Steuern bestehen, an Ausgleichungsabgabe von diesem Artikel bei dessen Eingange aus einem Lande, in

welchem keine Steuer auf dasselbe Erzeugniß gelegt ist, erhoben werden darf, wenn auch die betreffende Steuer des Staats, welcher die Ausgleichungsabgabe bezieht, diesen höchsten Satz übersteigen sollte, während durch letztere Bedingung Preußen sogar sich den Ausweg verschloß, durch die Erhöhung der Steuer von den besten Weinen seines eigenen Erzeugnisses auch die vereinsländischen Weine mit einer höheren Abgabe zu treffen, blieb den südlichen Vereinsstaaten nach den Zollvereinsverträgen die Beibehaltung, Erhöhung und Minderung ihrer Konsumtionssteuern vom eigenen und vereinsländischen Weine ohne Beschränkung gestattet, lediglich unter der Bedingung, daß das Erzeugniß anderer Vereinsstaaten nicht höher, als das eigene belastet werden dürfe. Diese, in den südlichen Vereinsstaaten den eigenen und vereinsländischen Weinen auferlegten Abgaben sind nun auch ungleich bedeutender, als die in den nördlichen eingeführte Uebergangsabgabe. Während letztere nur 25 Sgr. für den Zentner oder 2 Rthlr. 23 Sgr. 4 Pf. für die Dhm beträgt, beläuft sich die Großherzoglich Hessische Steuer für die besseren Weine bei einem zweimaligen Verkaufe auf 11 Fl. 40 Kr. oder 6 Rthlr. 20 Sgr., die Württembergische auf $18\frac{1}{3}$ Prozent, also z. B. bei einem Werthe von 40 Rthlr. pro Dhm auf 7 Rthlr. 10 Sgr. Der Ertrag dieser inneren Konsumtionssteuer wird aber

für Württemberg bei einer Bevölkerung von 1,667,901 Seelen auf	567,000 Fl.
= Baden	= = = = 1,264,614 = = 672,000 =
= Hessen	= = = = 792,736 = = 275,000 =
in Summa . . . 3,725,251 Seelen auf 1,514,000 Fl.	

also auf 24 Kr. oder 6,8371 Sgr. pro Kopf berechnet, mithin auf das Doppelte dessen, was Preußen selbst in den günstigsten Jahren $18\frac{32}{33}$ für den Kopf an Steuer vom eigenen und fremden Wein überhaupt bezogen hat.

Außer diesen Steuern von eigenen und vereinsländischen Weinen beziehen aber die südlichen Vereinsstaaten noch die, bei ihnen auffommende Steuer vom fremden Wein, und erhalten noch obenein bei Vertheilung der Zollrevenüen aus der, in den nördlichen Staaten und besonders in Preußen zur Erhebung gelangenden Steuer vom fremden Weine einen Zuschuß von 9 Pf. bis 1 Sgr. für den Kopf ihrer Bevölkerung.

Württemberg, Baden und das Großherzogthum Hessen bezogen daher überhaupt an Weinststeuer im Jahre 1838.:

1. vom eigenen und vereinsländischen Weine	6,8371 Sgr.
2. vom fremden Weine	1,6474 =
Summa	8,5045 Sgr.

Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen dagegen:

1. an Steuer vom fremden Weine	1,6474 Sgr.
2. vom vereinsländischen Weine	0,2628 =
Summa	1,9102 Sgr.

Hierzu Preußen vom eigenen Wein durchschnittlich	0,6939 =
Summa	2,6041 Sgr.

Die zu den Rassen der drei genannten südlichen Vereinsstaaten gestoffenen Steuererträge vom Wein übersteigen daher die Preussischen um 5,9004 =

Wenn nun in Vorstehendem der Beweis geführt ist, daß Preußen durch die Zollvereins-Verhältnisse in die Lage gekommen ist, jährlich einen höchst beträchtlichen Theil der von seinen Unter-

thanen bis jetzt noch erhobenen Steuer von fremdem Weine in die Rassen der übrigen Vereinsstaaten zahlen zu müssen, außerdem durch Verminderung des Eingangs von fremdem Weine einen anderen kaum minder bedeutenden Theil seiner früheren Einnahme von selbigem durch die zu geringe Besteuerung des vereinsländischen Weins zu verlieren, endlich an der Steuer von dem im Inlande erzeugten Weine Einbuße zu erleiden, und die einheimische Weinkultur einer drückenden Konkurrenz der vereinsländischen Weine ausgesetzt zu sehen, und die Preussische Regierung sich daher die Aufgabe stellen mußte, Mittel und Wege zu finden, um diese Nachtheile unter Aufrechthaltung der Grundprinzipien der Zollvereinigung für die Zukunft von sich abzuwenden, so hat sie die Lösung dieser Aufgabe nur in der Entschliessung zu denjenigen Vorschlägen finden können, welche in der Eingangs gedachten, bereits abgegebenen Erklärung im Allgemeinen angedeutet und in der besondern Anlage näher ausgeführt sind. Bevor jedoch zur näheren Erläuterung und Rechtfertigung derselben übergegangen werden kann, erscheint es nothwendig, einen andern Vorschlag zu beleuchten, der früher schon gemacht, kürzlich wieder angeregt worden ist, und auf den ersten Anblick durch seine Einfachheit ansprechend erscheinen mag, dem aber nach ihrer Ansicht unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen stehen.

Dieser Vorschlag besteht in der Gewährung eines Praecipui zur Entschädigung Preußens. Sollte eine solche Entschädigung Preußens eintreten, so würde deren Betrag nicht aus den gemeinschaftlichen Zollrevenueu entnommen werden können, da sonst die Zahlung Preußen wieder nach dem Verhältnisse seines Antheils an den letzteren mit 54 Prozent zur Last fallen würde; die übrigen Vereinsstaaten müßten vielmehr die Entschädigung aus den ihnen zufallenden Antheilen übernehmen. Sollte ferner die Entschädigung eine vollständige sein, so müßte dadurch, wollte auch von den Verlusten an der inneren Weinsteuern abgesehen werden, Preußen doch mindestens den Betrag seiner in den Jahren 18³²/₃₃ aus der Besteuerung des fremden und vereinsländischen Weins gekhabten Einnahme von 3,327 Egr. (3 Egr. 4 Pf.) für den Kopf der Bevölkerung gewährt erhalten. Der Ausfall gegen diese Einnahme betrug aber, wie berechnet, in den Jahren 18³⁶/₃₈ bereits die jährliche Summe von 627,078 Rthlr., unter Berücksichtigung des Zuwachses an der Bevölkerung aber 677,000 Rthlr., und er wird sich einer Seits mit der steigenden Bevölkerung, anderer Seits mit der fortschreitenden Abnahme der Einfuhr ausservereinsländischer Weine mehrten. Zur Zahlung einer so bedeutenden, von Jahr zu Jahr wachsenden Entschädigungssumme könnten die übrigen Vereinsstaaten sich nur in der Absicht bewogen finden, ihren Weinbau treibenden Unterthanen den bevorzugten Markt für ihre Weine ferner in dem bisherigen Grade zu sichern. Ein solcher Grund liegt aber für Sachsen, Thüringen und Kurhessen, welche selbst noch einen geringeren Weinbau, als Preußen haben und gar keinen Wein in den Handel bringen, in keiner Art vor. Diese Staaten würden daher mindestens ihren Beitrag zu der Entschädigung Preußens verweigern, wenn sie auch auf die Forderung einer Entschädigung verzichteten.

Die Zahlung würde daher lediglich den südlichen Vereinsstaaten zur Last fallen, ein angemessenes Beitragsverhältniß für jeden einzelnen Staat indessen auch dort kaum zu finden sein. Da nämlich die industriellen Vortheile, die jeder dieser Staaten aus den jetzigen Verhältnissen zieht, dem Antheile entsprechen, welchen seine Weinbauer an dem Weinhandel mit dem Norden nehmen, und da unzweifelhaft dieser Handel ganz überwiegend dem Großherzogthum Hessen und Nassau zufällt, so möchte deren Beitrag zur Entschädigungssumme nach diesem Maassstabe leicht dem ganzen Antheil der letztgenannten Staaten an der Vereinszoll-Einnahme gleichkommen. Verständen sich aber auch sämtliche Vereinsstaaten zu einer gemeinsamen Entschädigung Preußens, so ist es hinsichtlich desjenigen Theils derselben, der in der jetzt von

Preußen herauszuzahlenden, oben im Durchschnitte aus den Jahren $18\frac{36}{38}$. zu 379,002 Rthlr. berechneten Summe besteht, vollkommen gleich, ob man diese Summe Preußen beläst, oder sie erst in Empfang nimmt und demnächst im Entschädigungswege zurückzahlt; für den Ausfall an Steuer von fremden und vereinsländischen Weinen hingegen, welcher oben im Vergleiche der Jahre $18\frac{32}{33}$. zu den Jahren $18\frac{36}{38}$. auf 248,076 Rthlr. berechnet ist, würde die Entschädigung aus anderen Mitteln der Vereinsstaaten zu zahlen sein, lediglich um zu verhüten, daß die Preussische Regierung den Betrag jenes Ausfalls vom vereinsländischen Wein bei dessen Konsumtion in Preußen erhebe. Endlich würde Preußen bei Annahme dieser Zahlung außer Stande bleiben, seinen inländischen Weinbauern die dringend reklamierte Herstellung einer verhältnißmäßigen Gleichheit in der Besteuerung zu gewähren, also einen Zweck verfehlen, der sich nur durch eine angemessene Besteuerung des vereinsländischen Weins und zwar unter Aufrechthaltung einer völlig genügenden Bevorzugung für den letzteren vor dem fremden Weine, und ohne die Uebernahme irgend einer Entschädigungslast von Seiten der Vereinsstaaten, erreichen läßt.

Die Vorschläge in der Anlage gehen nun zunächst

1. hinsichtlich des fremden Weins dahin, die bisherige Eingangsabgabe von demselben in einen unveränderlichen Eingangszoll von $\frac{1}{2}$ Rthlr. vom Zollzentner, und in eine Verbrauchssteuer, deren Betrag alle drei Jahre festgesetzt werden soll, zu verwandeln, den Eingangszoll für Rechnung des ganzen Zollvereins zu erheben, die Verbrauchssteuer aber jedem einzelnen Staate zu überlassen, in dessen Grenzen der Wein zur Konsumtion gelangt.

Eine solche Besteuerung, einmal durch eine beim Eingange zu zahlende mäßige Zollabgabe, dann durch eine Verbrauchssteuer, war in Preußen früher für viele fremde Konsumtionsartikel, und unter diesen auch vom Weine üblich. Noch das Zollgesetz und der erste Zolltarif vom 26sten Mai 1818. enthalten diese Sonderung, und erst die Erhebungsrolle für die Jahre $18\frac{22}{24}$. vereinigte beide Sätze. Die Eingangsabgabe vom Weine ist aber dessen ungeachtet in Preußen und später auch im Zollvereine eine Konsumtionsabgabe geblieben, da sie durch die Einrichtung der Natural-Kreditläger von den Handeltreibenden erst dann erhoben wird, wenn der Wein in die Konsumtion übergeht. Auch in anderen Staaten, namentlich in Frankreich, Holland, Belgien, besteht, neben dem Eingangszolle, eine Verbrauchssteuer und fast in allen Ländern, die dem Zollvereine angehören, wurden bis zur Bildung desselben Zölle und Verbrauchssteuern erhoben, in deren Stelle jetzt die Eingangsabgabe getreten ist. In Württemberg, Baden, dem Großherzogthum Hessen u. unterlag der fremde Wein noch bis zu den Zollanschlüssen den dort eingeführten Handels- und Tranksteuern, und ist seit jener Zeit von den letzteren erst deshalb befreit worden, weil die Eingangsabgabe jene inneren Verbrauchssteuern schon in sich schließt, und letztere daher neben ersterer nicht mehr bestehen konnten. Es unterliegt daher keinem Bedenken, zu jener Einrichtung zurückzukehren; im Gegentheile wird sich dadurch fast in allen Staaten eine Vereinfachung und größere Uebereinstimmung mit der Abgabenerhebung vom eigenen und vereinsländischen Weine ergeben; der Eingangszoll gebührt dann der Gemeinschaft, die Verbrauchssteuer vom fremden Weine dagegen muß, sowohl ihrer Natur, als den Verhältnissen nach, demjenigen Staate verbleiben, in welchem sie zur Erhebung kommt.

Die Konsumtionsverhältnisse des fremden Weins sind, wie gezeigt worden, in den verschiedenen Staaten zu ungleich, um eine Theilung der Verbrauchssteuer nach der Bevölkerung zuzulassen, und die gerechten Ansprüche, welche jeder Staat auf die, von seinen Unterthanen erhobene Steuer hat, werden zu sehr verletzt, wenn der eine Staat, in welchem vorzugsweise fremder Wein konsumirt wird, die Steuer mit anderen Staaten theilen muß, in welchen eine

bei Weitem überwiegende Verzehrung eigener oder vereinsländischer Weine stattfindet, von welchen die Steuern von der Gemeinschaft ausgeschlossen sind. Wollte man dagegen eine Gemeinschaftlichkeit sämtlicher Abgaben vom Weine unter Annahme eines gleichen Systems der Besteuerung einführen, so würden dadurch wieder diejenigen Staaten in Nachtheil gestellt werden, wo der Wein das allgemeine Getränk ist, und die geringeren Sorten statt des Biers und Brantweins genossen werden, die Steuer davon mithin einen Theil der Bier- und Brantweinsteuer ergänzt.

Wenn nun auch die Gerechtigkeit erfordert, jedem Vereinsstaate die, in seinen Grenzen aufkommende Verbrauchssteuer vom fremden Weine zu belassen, so wird dessen ungeachtet die Bestimmung des Steuerfußes gemeinschaftlicher Vereinbarung vorbehalten bleiben müssen, denn der Verbrauchssteuerfuß muß ein allgemein gleicher sein, weil einmal der Zollsatz von $\frac{1}{2}$ Rthlr. nicht hinreicht, um dem vereinsländischen Weine den ihm, nach dem Geiste und Zwecke der Zollverträge gebührenden Schutz und Vorzug zu sichern, und weil anderntheils eine Verschiedenheit der Verbrauchssteuerfüße im Innern des Vereins neue Kontrolle- und Binnenzoll-Linien und Nacherhebungen erfordern würde, um jedem Staate seine Einnahme zu sichern. Es ist deshalb eine Festsetzung des zu erhebenden Verbrauchssteuerfußes von drei zu drei Jahren gleichzeitig mit der Regulirung des Zolltarifs vorgeschlagen. Für die ersten Jahre könnten die jetzigen Eingangs-Abgaben, nach Abzug des Zolls, als Verbrauchssteuerfüße beibehalten werden; denn so dringend auch im eigenen Interesse die Ermäßigung der Abgabe vom fremden Weine sein mag, so scheint es doch rätlich, solche nicht anders, als gegen Erlangung entsprechender Konzessionen von Seiten derjenigen Staaten, aus denen die fremden Weine vorzüglich bezogen werden, eintreten zu lassen. Hinsichtlich des moussirenden Neuschäteler und weißen Bodensee-Weins würde es dagegen überhaupt bei dem Bestehenden, nur mit der Abänderung bewenden, daß die Abgabe vom letzteren ganz als Zoll, und die vom Neuschäteler Wein mit $\frac{1}{2}$ Rthlr. als Zoll, und mit 2 Rthlr. 21 Sgr. als Verbrauchssteuer behandelt würde.

Die Erhebungsform und die Regieeinrichtung kann dagegen füglich jedem Staate überlassen werden, in sofern nur die wirkliche Erhebung des vereinbarten Verbrauchssteuerfußes dadurch gesichert bleibt. Der eine Staat kann die jetzige Einrichtung der Erhebung der Steuer von den Konsumenten und Handeltreibenden beibehalten und dieser die Erhebungsform der Abgabe von dem vereinsländischen Weine anschließen, der andere, in welchem eine Handels- und Tranksteuerverfassung besteht, zu dieser Erhebungsart für den fremden Wein zurückkehren. Im Interesse des Zollvereins kann es nur auf Gleichmäßigkeit der Steuer ankommen; die Form der Erhebung und der Regie stehet dagegen mit der inneren Steuerverfassung jedes Staats, und besonders mit der Erhebungsweise der übrigen Getränkesteuern in so naher Verbindung, daß, bei der Verschiedenheit der letzteren, allgemeine Einrichtungen deshalb sich nicht treffen lassen würden, wenn sie überhaupt, der Verschiedenheit der Verhältnisse wegen, möglich wären. In den eigentlichen Weinländern mag z. B. eine Besteuerung des Weins bei dem Ausschanke zweckmäßig sein, weil dort die überwiegend größere Konsumtion in den Weinstuben Statt findet; in den nördlichen Vereinsstaaten, wo nur in den größeren Städten eigentliche Weinschänker befindlich sind und der Wein vorzüglich in den Privathäusern verzehrt wird, würde eine solche Erhebungsart ihren Zweck gänzlich verfehlen.

Die übrigen, in der Anlage in Bezug auf den fremden Wein gemachten Vorschläge betreffen den Handelsverkehr mit demselben sowohl nach dem Auslande, als von einem Vereinsstaate zu dem anderen, und werden keiner Erläuterung bedürfen, da selbstredend Anordnungen erforderlich sind, um den Handel mit Wein im unversteuerten Zustande unter sichernden Kontrollen

möglich zu machen, um so mehr, als ein solcher Handel mit unversteuertem Weine ohne nochmalige Abgabentrachtung, wenn die gemachten Vorschläge angenommen werden, nicht ferner thöulich bleibt.

2. Hinsichtlich der Besteuerung des vereinsländischen Weines hat es zunächst nöthig erschienen, ein Maximum der Steuer, und zwar im Verhältnisse zu der Verbrauchssteuer vom fremden Weine, festzusetzen. Es kann zwar jedem Vereinsstaate freigestellt werden, den in den Vereinsländern erzeugten Wein ganz unbesteuert zu lassen oder eine mäßigere Steuer zu erheben, ein Maximum der Steuer aber, und zwar im Verhältnisse zu der Steuer vom fremden Weine, ist nothwendig, um dem vereinsländischen Weine einen angemessenen Vorzug zu sichern. Ein solches Maximum ist nach den jetzigen Zollverträgen nur den norddeutschen Vereinsstaaten für die Ausgleichungsabgabe vorgeschrieben, den südlichen ist eine Beschränkung wegen ihrer Handels- und Tranksteuern nicht auferlegt, und es würde nur von ihnen abhängen, diese in der Klassifikation oder in den Prozentsätzen nach dem Werthe der Weine eben so hoch, als die Steuer vom fremden Weine zu stellen, selbst ohne den eigenen Wein verhältnißmäßig zu belasten.

Dieses im ganzen Vereine anzunehmende Maximum der Verbrauchssteuer vom vereinsländischen Weine ist für die ersten drei Jahre der neuen Vertragsperiode auf $\frac{1}{3}$ der jedesmaligen Verbrauchssteuer vom fremden Weine vorgeschlagen mit dem Hinzufügen, daß dasselbe niemals die Hälfte der letzteren übersteigen dürfe. Der dritte Theil der Verbrauchssteuer vom fremden Weine würde, so lange dieselbe auf den Betrag der jetzigen Eingangsabgabe, nach Abzug von $\frac{1}{2}$ Rthlr. Zoll, also auf $7\frac{1}{2}$ Rthlr. stehen bleibt, $2\frac{1}{2}$ Rthlr. vom Zollcentner betragen, und davon noch der, dem fremden und gleichmäßig dem vereinsländischen Weine etwa ferner zu bewilligende Naturalrabatt abgehen. Dieser Satz ist der mindeste, den Preußen vorläufig für zulässig erachtet, da es bei einer geringeren Steuer nicht hoffen darf, seine frühere Einnahme aus der Weinabgabe annähernd wieder zu erlangen, dessen successive Erhöhung bis zu 50 Prozent Preußen sich aber für den Fall vorbehalten muß, wenn diese Erwartung nicht in Erfüllung gehen und der vereinsländische Wein das jetzt erlangte, den fremden Wein mehr und mehr verdrängende Uebergewicht ferner behalten sollte.

Daß der zunächst für den vereinsländischen Wein beantragte Satz von $33\frac{1}{3}$ Prozent der Verbrauchssteuer vom fremden Weine, also von $2\frac{1}{2}$ Rthlr. vom Zollcentner, mäßig genug ist, um dem ersteren den gebührenden Vorzug im Vereine zu erhalten, beweiset die Thatsache, daß früher vereinsländische Weine zu den Sätzen von 2 Rthlr. 8 Sgr. 3 Pf. halb in Gold, ferner von $2\frac{2}{3}$ und $3\frac{1}{5}$ Rthlr., in großer Menge in Preußen eingeführt worden sind. Auch darf Preußen diesen Steuersatz um so mehr in Anspruch nehmen, als er in derselben Höhe bereits in einigen Vereinsstaaten erhoben wird. Im Großherzogthum Hessen beträgt die Einlagegebühr 30 Kr. von der Ohm, bei einem durchschnittlich dreimaligen Verkaufe also 1 Fl. 30 Kr.; die Zapfgebühr von den besseren Weinen 10 Fl. 40 Kr., die ganze Abgabe daher 12 Fl. 10 Kr. pro Ohm, oder 6 Rthlr. 28 Sgr. 7 Pf., mithin 2 Rthlr. $2\frac{7}{12}$ Sgr. vom Zentner. In Württemberg wird eine Handelsabgabe von 5 Prozent neben einer Zapfgebühr von $8\frac{1}{3}$ Prozent erhoben; bei einem zweimaligen Verkaufe beträgt also die Abgabe $18\frac{1}{3}$, bei einem dreimaligen $23\frac{1}{3}$ Prozent des Werths. Die nach Preußen gehenden vereinsländischen Weine haben mindestens einen Durchschnittswerth von 45 bis 50 Rthlr. für die Ohm. Die Württembergische Abgabe, in Preußen erhoben, würde daher, im Werthe von 50 Rthlr., 9 Rthlr. 5 Sgr. bis 11 Rthlr. 20 Sgr. oder 2 Rthlr. $22\frac{1}{6}$ Sgr. und resp. 3 Rthlr. 15 Sgr. vom Zentner betragen.

In welcher Weise die Besteuerung erfolgt, kann auch für den vereinsländischen Wein, aus den oben bei der Verbrauchssteuer vom fremden Weine entwickelten Gründen, dem Ermessen

eines jeden Vereinsstaates überlassen bleiben; nur die Erhebung der Steuer auf dem Transporte bei dem Uebergange über die inneren Grenzen der Vereinsstaaten dürfte als belästigend zu unterzagen sein; Transportkontrollen sind dagegen bei jeder Erhebungsweise zur Sicherung derselben erforderlich, und bedürfen daher gegenseitiger Verabredung. Ferner ist zur Aufrechthaltung der Verhältnismäßigkeit in der Belastung des vereinsländischen und fremden Weins nöthig, daß alle Erleichterungen durch Rabatt, Kredit *ic.* gleichmäßig dem Handel mit beiden zugestanden werden, und endlich dürfte es erforderlich sein, den Uebergang kleiner Quantitäten unter $\frac{1}{4}$ Zentner von der Besteuerung freizulassen, da sonst der Grenzverkehr mit Wein zu sehr gestört werden mögte, indem auch der fremde Wein, wenn er versteuert, also im freien Verkehre, aus einem Vereinsstaate in den andern geführt wird, neuerdings der Abgabe vom vereinsländischen Weine unterworfen werden muß.

In den jetzt laufenden Zollverträgen sind ferner, hinsichtlich des Verhältnisses der in jedem Staate bestehenden Steuer vom eigenen Weine gegen die Steuer, welcher der vereinsländische unterworfen werden darf, Grundsätze aufgestellt, welche sich mit der natürlichen Gleichheit der Rechte nicht vereinigen lassen. Die nördlichen Vereinsstaaten, Preußen, Sachsen, Kurhessen, welche eine Produktionssteuer vom Wein erheben, haben die Verbindlichkeit übernommen:

„keine höhere Steuer vom vereinsländischen Weine zu erheben, als zur Zeit des Abschlusses der Verträge vom eigenen Wein erhoben wurde,“

und hiernach ist das Maximum der Uebergangsabgabe, nach dem in Preußen bestehenden Steuersätze für die 1ste Klasse der Weinberge, auf 25 Sgr. für den Zentner unveränderlich festgesetzt. Die südlichen Vereinsstaaten dagegen, in denen Handels- und Tranksteuer bestehen, haben sich nur anheischig gemacht:

„das Erzeugniß eines andern Vereinsstaates unter keinem Vorwande höher zu belasten, als das inländische,“

und hiernach ist ihnen freie Hand geblieben, nicht allein die Steuersätze überhaupt zu erhöhen, sondern auch die vereinsländischen Weine höher, als in dem nördlichen Theile des Vereins geschehen darf, zu besteuern.

Nach dem angenommenen Grundsätze darf nämlich z. B. Preußen die vorzüglichsten Rhein- und Frankenweine nicht höher besteuern, als seine eigenen besten Rhein- und Moselweine, wiewohl letztere gegen erstere, nach Werth und Güte, weit zurückstehen. Erzeugte Preußen Weine, wie den Johannisberger, Rüdesheimer, Steinberger, Steinwein und andere, so würde es solche auch, nach der in Preußen eingeführten Besteuerungsweise, mit einer höheren Abgabe, als der jetzt für Preussische Mosel- und Rheinweine bestehenden, belegen; es würde mehrere Steuerklassen, und für die erste Klasse höhere Sätze einführen müssen, um die Gerechtigkeit in der Steuervertheilung aufrecht zu halten. Wendete man, wie genau genommen geschehen könnte, die vertragmäßigen Grundsätze auf Sachsen, Thüringen und Kurhessen an, wo nur die drei untersten Klassen der Preussischen Weinststeuer erhoben werden, so dürften diese Staaten die theuersten und trefflichsten Rhein- und Frankenweine nicht höher, als ihr eigenes Erzeugniß, also mit etwa 7 Sgr. für den Zentner besteuern.

Diese vertragmäßige Gleichheit ist daher nur eine nominelle, in der Wirklichkeit aber gestaltet sie sich durch den ungleich größeren Werth, und noch mehr durch die weit überwiegende Menge der, in den Handel kommenden vorzüglicheren Weine der südlichen Vereinsstaaten zu einer drückenden Ungleichheit für die nördlichen.

Die Bedingung, wonach die südlichen Vereinsstaaten die vereinsländischen Weine nicht höher belasten dürfen, als das eigene Erzeugniß, ist dagegen praktisch eine gänzlich andere. Bestände selbst in den südlichen Vereinsstaaten eine Steuer nach festen Sätzen, und dürften sie nur nach diesen die übrigen im Vereine erzeugten Weine besteuern, so würde eine solche Beschränkung von keinem nachtheiligen Einflusse für sie sein, da ihre eigenen besten Weine sich nach Werth und Beliebtheit unter einander ziemlich gleich, den Weinen der nördlichen Staaten aber voranstehen; der in Beziehung auf Weinkultur wichtigere Theil dieser Staaten besteuert aber den eigenen und vereinsländischen Wein nicht nach fixirten Sätzen, sondern entweder nach Prozentsätzen des Werths oder nach Sätzen, welche mit den Verkaufspreisen des Weins steigen. Die gegenseitige Gleichheit bestehet daher dort in der That, und der vereinsländische Wein erster Güte kann in der Steuerentrichtung nie einen Vorzug vor dem schlechtesten einheimischen erlangen, da die Abgabe stets dem Werthe des Weines folgt.

Führten die nördlichen Vereinsstaaten eine Handels- und Tranksteuer vom vereinsländischen Weine nach Prozentsätzen, oder nach einer dem Werthe folgenden Scala ein (und sie würden durch die Verträge nicht daran gehindert sein), so hätten sie freie Hand, den vereinsländischen Wein weit höher, als mit 25 Sgr. für den Zentner, und verhältnismäßig auch höher, als ihre eigenen Weine, und selbst höher, als nach den jetzigen, von den südlichen Vereinsstaaten angenommenen Prozentsätzen zu besteuern. Wenn daher in der Anlage, an Stelle der bisherigen Weinbesteuerungen, die Annahme des Grundsatzes vorgeschlagen ist:

„daß diejenigen Vereinsstaaten, in welchen eine Besteuerung des vereinsländischen Weins Statt findet, und in welchen zugleich bessere, in den Handel kommende Weine produziert werden, verpflichtet sein sollen, letztere mit einer inneren Steuer zu belegen, die ihrem Werthe und ihrer Beliebtheit nach mit der Steuer, welche sie von dem vereinsländischen Wein erheben, im angemessenen Verhältnisse steht,

so wird hierdurch nur dem Grundsatz der gegenseitigen Gleichheit der Rechte entsprochen, und allgemein gemacht, was im Süden des Vereins wirklich bestehet. Schließlich ist in Hinsicht dieses Punktes nur zu bemerken, daß einem Vereinsstaate, der gar keinen Wein baut, und mithin eine Steuer vom eigenen Wein nicht zu erheben vermag, unmöglich bloß deshalb die Befugniß versagt werden kann, den vereinsländischen Wein zu besteuern; daß dagegen einem Vereinsstaate, der gute Weine erzeugt und solche gar nicht besteuert, auch nicht freistehen darf, die vereinsländischen Weine durch eine Abgabe von dem inneren Markt auszuschließen; daß endlich denjenigen Staaten, welche eine Produktionssteuer eingeführt haben, unter Aufhebung der jetzt bestehenden Vertragsbestimmungen, freizustellen sein wird, diese Steuer unerhoben zu lassen, oder solche zu restituiren, wenn der Wein zur Exportation nach einem anderen Vereinsstaate gelangt. In den südlichen Vereinsstaaten bleibt in der That jetzt der wesentlichste Theil der inneren Abgabe bei der Ausfuhr unerhoben, während die Weine Preußens bei dem Uebergange nach den südlichen Vereinsstaaten, bei der jetzigen Untersagung der Restitution der inneren Steuer, die dortige und die Preussische Abgabe zu tragen haben.

Berlin, im Februar 1840.

Nachweisung

der

in den Jahren 1820. bis einschließlich 1827. im Königreiche Preußen erhobenen
Eingangs-Abgaben von fremdem Weine und der Ausgleichungs-Abgaben von Wein,
welcher aus den westlichen in die östlichen Provinzen übergeführt wurde.

(Als Manuscript gedruckt.)

(Als Manuskript gedruckt.)

II.

Nachweisung

des

Ertrages der Steuer vom inländischen Weine in den Jahren 1820. bis inclusive 1838.

Im Jahre	An Weinsteuer ist aufgekomen,		
	in	in	Summa.
	den westlichen Provinzen.	den östlichen Provinzen.	
	R.ß.	R.ß.	R.ß.
1820.	208,966	12,055	221,021
1821.	56,044	3,448	59,492
1822.	63,325	2,359	65,684
1823.	160,860	4,140	165,000
1824.	101,101	3,856	104,957
1825.	145,144	9,986	155,130
1826.	140,793	25,110	165,903
1827.	281,826	9,050	290,876
Durchschnitt	144,757	8,751	153,508
1828.	82,989	28,793	111,782
1829.	186,086	17,172	203,258
1830.	—	—	—
1831.	15,250	—	15,250
1832.	69,954	5,761	75,715
1833.	98,713	8,912	107,625
1834.	192,207	22,465	214,672
1835.	191,037	33,670	224,707
1836.	152,831	25,845	178,676
1837.	97,774	3,755	101,529
1838.	63,911	293	64,204
Durchschnitt von 18 ²⁹ / ₃₉	104,614	13,333	117,947

III.

Nachweisung

der

in den Jahren 1828. bis 1833. in den östlichen Provinzen Preußens auf-
gekommenen Eingangs- und Uebergangs-Abgabe vom Wein, sowie des
Gesamt- Ertrages der Abgabe vom Wein in der ganzen Monarchie.

(Als Manuscript gedruckt.)

J a h r.	A. Eingangs-Abgabe vom fremden Wein.							B. Ausgleichungs-Abgabe vom Wein, welcher aus den westlichen Provinzen in die östlichen übergegangen.							C. Summa der Einnahme A. und B.	Hierzu: Einnahme und resp. Ein-nahme-Anteil Preußens in den westlichen Provinzen, laut Nachweisung IV.	Summa der Einnahme Preußens an Abgaben vom Wein.	Die Bevölkerung Preußens, einschließlich Zuwachses, hat betragen:	Mithin fällt auf den Kopf:
	1. Versteuerte Mengen.				2. Steuerbeträge.			1. Versteuerte Mengen.				2. Steuerbeträge.							
	a. zum vollen Satze.		b. zum ermäßigten Satze.		a. von Wein zum vollen Satze.	b. von Wein zum ermäßigten Satze.	c. Summa.	a. aus dem Großherzogthum Hessen.		b. aus den westlichen Provinzen.	für Wein aus		c. Summa a. und b.						
	Zentr.	Rsf.	Zentr.	Rsf.				Zentr.	Rsf.		Zentr.	Rsf.		a. dem Großherzogthum Hessen.					
					Rsf.	Rsf.	Rsf.			Rsf.			Rsf.						
1828.	131,496	8	—	—	1,115,086	—	1,115,086	* 13,805	2 $\frac{2}{3}$	* 18,089	6,813	24,119	60,932	1,176,018	134,121	1,310,139	12,753,971	3,0817	
1829.	126,810	8	—	—	1,075,349	—	1,075,349	* 23,874	2 $\frac{2}{3}$	* 18,089	6,663	24,119	87,782	1,163,131	206,152	1,369,283	12,921,962	3,1789	
Summa..	258,306	—	—	—	2,190,435	—	2,190,435	37,679	—	36,178	10,476	48,238	148,714	2,339,149	340,273	2,679,422	—	6,2606	
Durchschnitt.	129,153	—	—	—	1,095,217	—	1,095,217	18,839	—	18,089	5,238	24,119	74,357	1,169,574	170,136	1,339,711	—	3,1303	
1830.	114,290	8	14,344	3 $\frac{1}{5}$	969,179	48,654	1,017,833	10,337	1 $\frac{1}{3}$	—	13,783	—	13,783	1,031,616	152,069	1,183,685	13,040,166	2,7232	
1831.	125,772	8	11,816	3 $\frac{1}{5}$	1,066,547	40,080	1,106,627	7,727	1 $\frac{1}{3}$	—	10,303	—	10,303	1,116,930	157,416	1,274,346	13,202,024	2,8958	
Summa..	240,062	—	26,160	—	2,035,726	88,734	2,124,460	18,064	—	—	24,086	—	24,086	2,148,546	309,485	2,458,031	—	5,6190	
Durchschnitt.	120,031	—	13,080	—	1,017,863	44,367	1,062,230	9,032	—	—	12,043	—	12,043	1,074,273	154,742	1,229,015	—	2,8095	
1832.	167,883	8	10,456	3 $\frac{1}{5}$	1,343,064	33,459	1,376,523	8,854	1 rtt. 1 fg. 5 $\frac{1}{2}$ pf.	—	9,276	—	9,276	1,385,799	242,214	1,628,013	13,399,945	3,6448	
1833.	136,242	8	11,164	3 $\frac{1}{5}$	1,089,936	35,725	1,125,661	9,105	dito	—	9,539	—	9,539	1,135,200	228,639	1,363,839	13,545,494	3,0206	
Summa..	304,125	—	21,620	—	2,433,000	69,184	2,502,184	17,959	—	—	18,815	—	18,815	2,520,999	470,853	2,991,852	—	6,6654	
Durchschnitt.	152,062	—	10,810	—	1,216,500	34,592	1,251,092	8,979	—	—	9,407	—	9,407	1,260,499	235,426	1,495,926	—	3,3327	

* Die versteuerten Mengen sind genau bekannt, weshalb hier jenen zum Steuersatze von 1 $\frac{1}{2}$ nach dem Durchschnitt von 1 angenommen, und darnach Menge zum Satze von 2 $\frac{2}{3}$ Rth. rechnet worden.

IV.

Nachweisung

der

in den Jahren 1828. bis incl. 1833. in den westlichen Provinzen Preußens und resp. im Großherzogthum Hessen und in Kurhessen erhobenen Steuer vom fremden Weine, der Preussischer und Kurhessischer Seits erhobenen Uebergangs=Abgabe vom Rheinheffischen Weine, nebst Berechnung der auf Preußen gefallenen Steuer=Antheile.

(Als Manuscript gedruckt.)

J a h r.	A. Eingangs-Abgabe vom fremden Weine.												E n g a b e:		Ein- nahme- Antheil Preußens vom fremden Weine nach der Bevöl- kerung.	B. Uebergangs-Abgabe vom Großherzogl. Hessischen Weine.												Summa der Ein- nahme und resp. Anteile Preußens vom fremden und Hessischen Weine. (Spalte 15. 17. u. 24.)				
	1. Versteuerte Menge:						2. Steuer-Beträge:									1. von 1828 bis Ende 1831 für alleinige Rechnung Preußens.			2. in 1832 und 1833 zwischen Preußen und Kurhessen gemeinschaftlich:													
	a. in den westlichen Pro- vinzen Preußens.				b. im Großherzogthum und in Kur-Hessen.		a. in den westlichen Pro- vinzen Preußens.			b. im Großherzogthum und in Kur-Hessen.			c. Summa zu a. u. b.	1. von 1828 bis Ende 1831 für alleinige Rechnung Preußens.			a. in den westlichen Pro- vinzen Preußens.			b. in Kurhessen.			c. Summa zu a. und b.		Antheil Preußens aus der Gemein- schaft mit Kur- hessen.							
	aa. zum vollen Saße.		bb. zum ermäßigten Saße.		aa. zum vollen Saße.		bb. zum ermäßigten Saße.		vom Wein		vom Wein						Menge.		Menge.		Menge.											
	Zentr.	Ref.	Zentr.	Ref.	Zentr.	Ref.	Zentr.	Ref.	zum vollen Saße.	zum ermä- ßigten Saße.	Summa.	zum vollen Saße.					zum ermä- ßigten Saße.	Summa.	Zentr.	Ref.	Ref.	Zentr.	Ref.	Ref.		Zentr.	Ref.		Ref.	Zentr.	Ref.	
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.							
1828.	14,541	6	—	—	* 457	6	—	—	92,481	—	92,481	2,906	—	2,906	95,387	3,396	466	4,101,808	86,922	—	—	—	—	—	—	—	—	134,121				
1829.	25,870	6	—	—	* 914	6	—	—	164,533	—	164,533	5,813	—	5,813	170,346	3,396	466	4,101,808	141,007	48,859	1½	65,145	—	—	—	—	—	206,152				
Summa..	40,411	—	—	—	1,371	—	—	—	257,014	—	257,014	8,719	—	8,719	265,733	—	—	227,929	84,258	—	112,344	—	—	—	—	—	—	340,273				
Durchschnitt	20,205	—	—	—	685	—	—	—	128,507	—	128,507	4,359	—	4,359	132,866	—	—	113,964	42,129	—	56,172	—	—	—	—	—	—	170,136				
1830.	9,850	8	5,895	3½	910	8	3,587	3½	83,528	19,997	103,525	7,717	12,166	19,883	123,408	3,407	466	4,114,427	102,218	37,388	1½	49,851	—	—	—	—	—	152,069				
1831.	14,334	8	2,246	3½	919	8	426	3½	121,552	7,619	129,171	7,803	1,444	9,247	138,418	3,580	4,928	4,305,092	115,110	31,729	1½	42,306	—	—	—	—	—	157,416				
Summa..	24,184	—	8,141	—	1,829	—	4,013	—	205,080	27,616	232,696	15,520	13,610	29,130	261,826	—	—	217,328	69,117	—	92,157	—	—	—	—	—	—	309,485				
Durchschnitt	12,092	—	4,070	—	914	—	2,006	—	102,540	13,808	116,348	7,760	6,805	14,565	130,913	—	—	108,664	34,558	—	46,078	—	—	—	—	—	—	154,742				
1832.	27,122	8	3,972	3½	2,703	8	695	3½	216,976	12,711	229,687	21,624	2,223	23,847	253,534	3,632	41,371	4,976,436	185,043	—	—	—	51,223	1 rtt. 1 fa. 5½ pf.	53,662	12,550	1 rtt. 1 fa. 5½ pf.	13,148	63,773	66,810	57,171	242,214
1833.	22,608	8	3,520	3½	3,072	8	914	3½	180,864	11,264	192,128	24,576	2,925	27,501	219,629	3,632	41,371	4,976,436	160,297	—	—	—	56,245	dito	58,923	19,989	dito	20,941	76,234	79,864	68,342	228,639
Summa..	49,730	—	7,492	—	5,775	—	1,609	—	397,840	23,975	421,815	46,200	5,148	51,348	473,163	—	—	345,340	—	—	—	107,468	—	112,585	32,539	—	34,089	140,007	146,674	125,513	470,853	
Durchschnitt	24,865	—	3,746	—	2,887	—	804	—	198,920	11,987	210,907	23,100	2,574	25,674	236,581	—	—	172,670	—	—	—	53,734	—	56,292	16,269	—	17,044	70,003	73,337	62,756	235,426	
* Nach Maßgabe der Ver- steuerungen in 1830 an- genommen, weil der Nach- weis der Versteuerungen in 1829 fehlt.												** Bei der Antheil-Berechnung pro 1828 ist, weil das Groß- herzogthum Hessen erst mit dem II. Semester beigetreten, angenommen, daß in beiden Jahreshälften die versteuerte Weinmenge Preußens in den westlichen Provinzen sich gleich geblieben sei.																				

* Nach Massgabe der Ver-
steuerungen in 18 $\frac{30}{31}$ an-
genommen, weil der Nach-
weis der Versteuerungen
in 18 $\frac{29}{30}$ fehlt.

** Bei der Anteil-Berechnung
pro 1828 ist, weil das Groß-
herzogthum Hessen erst mit
dem II. Semester beigetreten,
angenommen, daß in beiden
Jahreshälften die versteuerte
Weinmenge Preußens in den
westlichen Provinzen sich
gleich geblieben sei.

V.

Nachweisung

der

im Königreich Preußen und in den übrigen Vereinsstaaten zum vollen tarifmäßigen
Satz zur Versteuerung gekommenen fremden Weine, so wie der versteuerten
Neuschateler und Schweizer Weine seit dem Jahre 1820.

(Als Manuscript gedruckt.)

J a h r.	Wein-Versteuerungen zu vollen Sätzen:													Wein-Versteuerungen zu ermäßigten Sätzen:								
	I.		II.					III.						Summa in den Vereinsstaaten II. und III.		Ueberhaupt im ganzen Vereins-Gebiet.		Neuschäteler moussirender Wein à 3½ Rthlr. pro Zentner			Schweizer weißer Bodensee-Wein à ½ Rthlr. pro Zentner	
	in Preußen.	Bevölke- rung.	in Sach- sen.	in Kur- hes- sen.	in Thü- ringen.	Sum- ma.	Bevölke- rung.	in Bay- ern.	in Würt- tem- berg.	im Groß- herzog- thum Hessen.	in Baden.	Summa.	Bevölke- rung.	Menge.	Bevölke- rung.	Menge.	Bevölke- rung.	in Preußen.	in den übrigen Vereins- staaten.	Summa.	in Preußen.	in den übrigen Vereins- staaten.
	Zentr.	R d p f e.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	R d p f e.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	R d p f e.	Zentr.	R d p f e.	Zentr.	R d p f e.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	Zentr.	Zentr.
1820.	173,970	11,348,664	173,970
1821.	339,685	11,485,797	339,685
1822.	96,721	11,625,930	96,721
1823.	82,797	11,763,063	82,797
1824.	98,403	11,919,286	98,403
1825.	117,232	12,236,675	117,232
1826.	135,379	12,403,915	135,379
1827.	139,440	12,574,839	139,440
1828.	146,037	12,753,971	457	.	457	706,466	457	706,466	146,494	13,460,437
1829.	152,680	12,921,962	914	.	914	706,466	914	706,466	153,594	13,628,428
1830.	124,140	13,040,166	910	.	910	706,466	910	706,466	125,050	13,746,632	67	.	67	.	.
1831.	140,106	13,202,024	919	.	919	724,928	919	724,928	141,025	13,926,952	15	.	15	.	.
1832.	195,005	13,399,945	.	1,162	.	1,162	612,337	.	.	1,541	.	1,541	732,034	2,703	1,344,371	197,708	14,744,316	20	.	20	.	.
1833.	158,850	13,545,494	.	2,163	.	2,163	612,337	.	.	909	.	909	732,034	3,072	1,344,371	161,922	14,889,865
Durchschnitt 18 ³² / ₃₅ .	176,927	1,662	1,225	.	2,887	.	179,815	.	10	.	10	.
1834.	147,571	13,690,653	3,609	2,484	1,967	8,060	3,144,820	13,044	1,299	1,596	.	15,939	6,642,647	23,999	9,787,467	171,570	23,478,120	14	211	225	.	22,890
1835.	157,240	13,690,653	5,978	2,701	1,881	10,560	3,144,820	8,588	1,613	2,509	.	12,710	6,642,647	23,270	9,787,467	180,510	23,478,120	253	297	550	.	184
Durchschnitt 18 ³⁴ / ₃₅ .	152,405	9,310	14,324	.	23,634	.	176,040	.	.	387	.	11,537
1836.	139,349	13,691,953	6,667	1,661	2,904	11,232	3,144,820	7,817	1,196	1,009	2,120	19,873	8,483,443	31,105	11,628,263	170,454	25,320,216	59	380	439	.	22,569 * 4,935
1837.	128,873	13,692,889	6,366	1,602	2,556	10,524	3,144,820	6,359	1,116	1,548	3,158	16,281	8,483,189	26,805	11,628,009	155,678	25,320,898	13	337	350	.	21,838
1838.	149,249 * 540	14,319,711	6,918	1,728	3,188	11,834	3,236,455	5,773	1,053	1,586	4,057	16,865	8,679,198	28,699	11,915,653	178,488	26,235,364	44	406	450	.	26,422
Durchschnitt 18 ³⁶ / ₃₅ .	139,337 pro Kopf Quart: 0,3608.	11,197 pr. Kopf Quart: 0,1269.	17,673 pro Kopf Quart: 0,0743.	.	28,870 pro Kopf Quart: 0,0887.	.	168,207 pro Kopf Quart: 0,2363.	.	413 pro Kopf Quart: 0,0006.	.	25,255 pro Kopf Quart: 0,0355. * à 1 Rthlr.		

VI.

Nachweisung

der

in Preußen und in den übrigen Vereinsstaaten versteuerten

fremden Weine

in 18³⁴/₃₈+

(Als Manuskript gedruckt.)

Jahre.	Bevölkerung			Versteuerte Menge										Steuerbetrag										Nach dem Verhältniß der Bevölkerung fällt auf	
				in Preußen 1c.					in den übrigen Vereinsstaaten					in Preußen 1c.				in den übrigen Vereinsstaaten				überhaupt in Preußen und den übrigen Vereinsstaaten.			
	in Preußen und den ihm näher angeschlossenen Ländern. Köpfe.	in den übrigen Vereinsstaaten. Köpfe.	Summa. Köpfe.	zum vollen Saße. Zentner.	Neufchateler Wein. Steuerfäß. Ref.	Schweizer (Boden-see-) Wein. Steuerfäß. Zentr.	zum vollen Saße. Zentner.	Neufchateler Wein. Steuerfäß. Ref.	Schweizer (Boden-see-) Wein. Steuerfäß. Zentr.	des vollen Abgabens. Kopf.	des Neufchateler Weins. Kopf.	des Schweizer Weins. Kopf.	Summa. Kopf.	des vollen Abgabens. Kopf.	des Neufchateler Weins. Kopf.	des Schweizer Weins. Kopf.	Summa. Kopf.								
1834.	13,690,653	9,787,467	23,478,120	147,571	8	14	3½	—	—	23,999	8	211	3½	22,890	180,568	45	—	1,180,613	191,992	675	11,445	204,112	1,384,725	807,466	577,259
1835.	13,690,653	9,787,467	23,478,120	157,240	8	253	3½	—	—	23,270	8	297	3½	184	257,920	810	—	1,258,730	186,160	950	92	187,202	1,445,932	843,158	602,774
		Summa.....		304,811	—	267	—	—	—	47,269	—	508	—	23,074	138,488	855	—	2,439,343	378,152	1,625	11,537	391,314	2,830,657	1,650,624	1,180,033
		Durchschnitt.....		152,405	—	133	—	—	—	23,634	—	254	—	11,537	219,244	427	—	1,219,671	189,076	812	5,768	195,657	1,415,328	825,312	590,016
1836.	13,691,953	11,628,263	25,320,216	139,349	8	59	3½	—	—	25,778	8	380	3½	22,569	114,792	189	—	1,114,981	206,224	1,216	11,284	252,037	1,367,018	739,218	627,800
										* 5,363	5½		3½	4,935					28,378		4,935				
										31,141	pro 30ll. 3tr.			27,504					234,602		16,219				
1837.	13,692,889	11,628,009	25,320,898	128,873	8	13	3½	—	—	26,805	8	337	3½	21,838	130,984	42	—	1,031,026	214,440	1,078	10,919	226,437	1,257,463	680,004	577,459
1838.	14,319,711	11,915,653	26,235,364	149,249	8	44	3½	—	—	28,699	8	406	3½	26,422	193,992	141	—	1,196,563	229,592	1,299	13,212	244,403	1,440,666	786,341	654,325
				* 540	4½									2,430											
				149,789	—									196,422											
		Summa.....		418,011	—	116	—	—	—	86,645	—	1,123	—	75,764	342,198	372	—	3,342,570	678,634	3,593	40,350	722,577	4,065,147	2,205,563	1,859,584
		Durchschnitt.....		139,337	—	39	—	—	—	28,882	—	374	—	25,255	114,066	124	—	1,114,190	226,211	1,198	13,450	240,859	1,355,049	735,188	619,861
				* Hannoversche Nachsteuer-Menge.						* Frankfurter Nachsteuer-Menge.															

VII.

Nachweisung

der

in den Jahren 1834. bis 1838. in Preußen, Sachsen, Kurhessen
und Thüringen erhobenen Ausgleichungs-Abgaben von
vereinsländischem Weine.

(Als Manuscript gedruckt.)

(Als Manuscript gedruckt.)

VIII.

Nachweisung

des

im Jahre 1838. in den Vereinsstaaten verzollten Weins in Flaschen.

Vereinsstaaten.		Menge.		Im Ganzen ohne Schweizer Seeweine sind über- haupt versteuert.	Die Ver- steuerun- gen in Flaschen haben daher be- tragen
N ^o		Zentr.	u.	Zentr.	Prozent.
I.	Preußen.				
	und zwar:	Zentr.	u.		
	Provinz Preußen	404	22		
	= Westpreußen	751	80		
	= Posen	302	100		
	= Pommern	1,178	8		
	= Schlesien	1,659	77		
	Hauptamt Berlin	4,609	9		
	Reg. Bezirk Potsdam	369	99		
	= Frankfurt	412	41		
	Provinz Sachsen	1,176	99		
	Summa	10,864	95		
	= Westphalen	99	70		
	Rheinprovinz	2,743	70		
	Summa	2,843	30	13,708	15
II.	Sachsen	2,264	9		
	Kurhessen	221	25		
	Thüringen	602	34		
				3,087	68
III.	Bayern	1,690	85		
	Württemberg	495	20		
	Großherzogthum Hessen ...	783	22		
	Baden	1,660	28		
	Nassau	6	69		
	Frankfurt a. M.	2,269	64		
				6,905	68
	Summa in den Vereinsstaaten zu II. und III. .	9,993	26	16,865	41
	Hierzu von Preußen	13,708	15	28,699	35
	Ueberhaupt	23,701	41	149,249	13
				177,948	

(Als Manuscript gedruckt.)

IX.

Nachweisung

der vom fremden Weine in Preußen, in den übrigen Vereinsstaaten und im ganzen Zollvereine für jedes der Jahre 18³⁶/₃₈ pro Kopf aufgekommene Steuer, und Berechnung der von Preußen nach der Vertheilung herausgezahlt und von den übrigen Vereinsstaaten empfangenen Summen.

A. Berechnung der Steuer für den Kopf.

Jahr.	Bevölkerung			Steuerbeträge			Steuer pro Kopf		
	in Preußen.	in den übrigen Vereinsstaaten.	im ganzen Zollvereine.	in Preußen.	in den übrigen Vereinsstaaten.	im ganzen Zollvereine.	in Preußen.	in den übrigen Vereinsstaaten.	im ganzen Zollvereine.
	Köpfe.	Köpfe.	Köpfe.	Rthl.	Rthl.	Rthl.	Ggr.	Ggr.	Ggr.
1836.	13,691,953	11,628,263	25,320,216	1,114,981	252,037	1,367,018	2,4430	0,6502	1,6197
1837.	13,692,889	11,628,009	25,320,898	1,031,026	226,437	1,257,463	2,2589	0,5842	1,4898
1838.	14,319,711	11,915,653	26,235,364	1,196,563	244,103	1,440,666	2,5068	0,6146	1,6474

B. Steuer = Vertheilung hiernach.

Jahr.	I. Preußen.					II. Vereinsstaaten.				
	1.	2.	3.	4.	5.	1.	2.	3.	4.	5.
	Bevölkerung.	Einnahme pr. Kopf.	Antheil nach dem Theilungs- sätze im Vereine pro Kopf.	Es sind mithin herausgezahlt pr. Kopf.	Macht für die in Spalte 1. angegebene Bevölkerung.	Bevölkerung.	Einnahme pr. Kopf.	Antheil nach dem Theilungs- sätze im ganzen Zollvereine pro Kopf.	Es sind mithin empfangen pr. Kopf.	Macht für die in Spalte 1. angegebene Bevölkerung.
	Köpfe.	Ggr.	Ggr.	Ggr.	Rthl.	Köpfe.	Ggr.	Ggr.	Ggr.	Rthl.
1836.	13,691,953	2,4430	1,6197	0,8233	375,753	11,628,263	0,6502	1,6197	0,9695	375,787
1837.	13,692,889	2,2589	1,4898	0,7691	351,040	11,628,009	0,5842	1,4898	0,9056	351,011
1838.	14,319,711	2,5068	1,6474	0,8594	410,212	11,915,653	0,6146	1,6474	1,0328	410,216
	Durchschnitt	.	.	.	379,002	379,005

Bemerkung. Der vorstehend berechnete Durchschnittsbetrag der Herauszahlungen weicht von dem, nach der wirklichen Theilung auf 379,002 Rthlr. berechneten Betrage nur um 3 Rthlr. ad II. (Vereinsstaaten) und zwar aus dem Grunde ab, weil im Vorstehenden nur nach 4 Dezimalstellen, mithin nicht vollkommen genau gerechnet ist.

(Als Manuscript gedruckt.)

A.

Vorschläge

zu den,

bei Erneuerung der Zollvereins-Verträge zu treffenden Bestimmungen wegen
der Abgaben vom Wein, Most und Cider.

I. Besteuerung des fremden (außervereinsländischen) Weins.

1. Die Abgabe vom fremden Wein, Most und Cider soll fortan in einem Eingangszoll und in einer Verbrauchssteuer bestehen.

2. Der Eingangszoll wird für die nächste Periode der Zollvereins-Verträge unveränderlich auf $\frac{1}{2}$ Rthlr. für den Zollcentner Wein brutto festgesetzt. Nur dieser Eingangszoll wird in dem Tarif aufgeführt, und dessen Ertrag wird mit dem übrigen Zollaufkommen, nach dem Maassstabe der Bevölkerung, unter sämtliche Vereinsstaaten vertheilt.

3. Die Verbrauchssteuer dagegen soll alle drei Jahre, gleichzeitig mit dem Zolltarif, auf einen, in allen Vereinsstaaten gleichmäÙig zu erhebenden Satz, sowohl für Weine in Flaschen, als für Weine in Fässern, nach dem Zollvereinsgewicht und unter Festsetzung der zu bewilligenden Tara, besonders vereinbart werden. Ausnahmen hiervon für die Weine bestimmter fremder Staaten, sei es durch Erhebung eines höheren oder eines geringeren Verbrauchssteuersatzes, sind nur auf demselben Wege zulässig, auf welchem Veränderungen in dem Vereinstarif Statt finden, oder Handels-Erleichterungen zu Gunsten anderer Staaten überhaupt zugestanden werden können. Hinsichtlich des Neuschateler moussirenden Weins bewendet es bei der bisherigen Abgabe, so daß von demselben, außer dem Eingangszoll, nur eine Verbrauchssteuer von 2 Rthlr. 21 Sgr. erhoben werden darf. Die weißen Bodensee-Weine entrichten den Eingangszoll, die Abmessung der Verbrauchssteuer bleibt denjenigen Staaten, in welchen solche zur Konsumtion gelangen, lediglich überlassen.

4. Die Verbrauchssteuer vom fremden Weine beziehet jeder Vereinsstaat für eigene Rechnung.

5. Der Eingangszoll von $\frac{1}{2}$ Rthlr. wird sofort erhoben, und auch für den, zu den Niederlage-, Kredit- und Transitlagern gelangenden Wein nicht gestundet. Dieser Eingangszoll bildet zugleich die Durchgangsabgabe.

6. Die Wahl der Erhebungsweise und die Regie-Einrichtung der Verbrauchssteuer vom fremden Weine bleibt dem Ermessen eines jeden Vereinsstaates überlassen, doch müssen diese Einrichtungen hinlängliche Sicherheit darüber gewähren, daß der vereinbarte Verbrauchssteuersatz wirklich entrichtet werde. Im Falle den Inhabern von Kreditlagern oder anderen Handeltreibenden ein Naturalrabatt bewilligt wird, darf derselbe den Satz von 20 Prozent nirgendwo überschreiten.

7. Hinsichtlich des Bezuges fremder Weine bewendet es bei dem bestehenden Begleitschein-Verfahren.

8. Für den Handel mit fremden Weinen, sowohl nach dem Vereinsauslande, als von Vereinslande zu Vereinslande, können Transitoläger bewilligt werden.

9. Die Bedingungen, unter welchen dergleichen Transitoläger und die Versendungen aus denselben gestattet werden dürfen, bleiben gemeinschaftlicher Vereinbarung vorbehalten.

10. Zu dem nämlichen Zweck (§. 8.) können Weine in Flaschen unbedingt, Weine in Fässern auf kurze Zeit, da wo Kellerniederlagen vorhanden sind, auch für längere Zeit, zur Niederlage deklarirt werden.

II. Besteuerung des vereinsländischen Weins.

1. Jedem Vereinsstaate, der entweder gar keinen Wein erzeugt, oder den im Inneren gebauten Wein mit einer Steuer belegt hat, stehet es frei, den aus anderen Vereinsstaaten eingeführten, in den Zollvereinsstaaten erzeugten oder im freien Verkehr begriffenen fremden Wein mit einer Abgabe zu belegen, die jedoch in den ersten drei Jahren der neuen Vertragsperiode nicht $33\frac{1}{2}$ Prozent der Verbrauchs-Abgabe vom fremden Wein, niemals aber 50 Prozent derselben übersteigen darf.

2. Die Bestimmung des Zeitpunkts der Steuerzahlung, ob bei der Ankunft im Bestimmungsorte, bei der Einkellerung, bei dem ferneren Verbräuche, oder bei dem Ausschauke, so wie die Wahl der Regieform, bleiben jedem Vereinsstaate überlassen. Bei dem Uebergange über die inneren Grenzen der Vereinsstaaten soll jedoch eine Abgaben-Erhebung nicht zulässig sein.

3. Die zur Sicherung der Erhebung der Steuer von dem vereinsländischen und im freien Verkehr befindlichen Weine erforderlichen Anordnungen sollen, in soweit sie die bei der Versendung einzuhaltenden Straßen und die Kontrollen und Sicherheitsleistungen bei dem Transporte zum Bestimmungsorte betreffen, nur unter gegenseitigem Einverständnisse erfolgen.

4. Alle Begünstigungen, welche ein Vereinsstaat dem Handel mit fremden Weinen durch Bewilligung von Transito- und Kreditlagern, Naturalrabatt, Prozenten für Abgang, Geldkredit u. dgl. zugesiehet, finden auch auf den Verkehr mit vereinsländischen Weinen Anwendung. Auch soll der Grenzverkehr durch Freilassung geringer, im freien Verkehr befindlichen Weinquantitäten von den Transportkontrollen und der Besteuerung, soweit es unter Verhütung von Mißbräuchen zulässig ist, erleichtert werden.

5. Diejenigen Vereinsstaaten, in welchen eine Besteuerung des vereinsländischen Weins statt findet, und in welchen zugleich in den Handel kommende Weine produziert werden, verpflichten sich, letztere mit einer inneren Steuer zu belegen, die ihrem Werthe und ihrer Beliebtheit nach, mit der Steuer, welche sie von dem vereinsländischen Weine erheben, im angemessenen Verhältnisse stehet. Diese innere Steuer kann von dem Weine, welchen ein Vereinsstaat in einen anderen oder ins Ausland ausführt, unerhoben bleiben oder zurück erstattet werden.



206\$04131460